

FAIRCONOMY

Für eine Welt mit Zukunft

Besinnung

**Warum ständig Wirtschaftswachstum?
Wir brauchen eine Postwachstumsökonomie
Die Reise nach Richistan**

Liebe Leserinnen und Leser,

» Die besinnlichen Tage zwischen Weihnachten und Neujahr haben schon manchen um die Besinnung gebracht«, meinte schon Joachim Ringelnatz (1883-1934). Das muss selbst damals schon so gewesen sein. Wir hätten sie allerdings heute wohl dringender nötig denn je, die Besinnung.

Denn wir haben viel zu tun und sind ganz schön im Stress. Das Rad der Wirtschaft dreht sich wieder wie eh und je. Scheinbar ist die Finanzkrise einigermaßen überstanden, jedenfalls sind wir wieder tüchtig angerollt. »Auf der Überholspur«, heißt es aus dem Wirtschaftsministerium. Der eingeschlagene Kurs: Wachstum! Die Bundesregierung hat ihre ursprüngliche Wachstumsprognose für 2010 mehr als verdoppelt auf nunmehr 3,4 Prozent.

Nachdem das Bruttoinlandsprodukt in 2009 tatsächlich einmal geschrumpft ist, wird die aktuelle Wirtschaftsleistung das Ergebnis von 2008 eingeholt haben und noch überflügeln. Ein Wachstum von 3,4 Prozent bedeutet eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um rund 80 Mrd. Euro – 80 Mrd. Euro mehr an Gütern und Dienstleistungen als im Vorjahr! Pro Einwohner macht das eine Zunahme von fast 1.000 Euro – und das in nur einem Jahr.

Ginge es nach den Wirtschaftsbossen und den Politikern, sollte das so weitergehen. Doch wollen wir, die Bürgerinnen und Bürger, das auch? Hat uns das Wachstum in den letzten Jahren und Jahrzehnten tatsächlich mehr Lebensqualität gebracht und glücklicher gemacht? Überlegen Sie mal ganz ehrlich für sich. Vielleicht haben Sie ja Gelegenheit dazu in der besinnlichen Zeit.

Kongress »Geld – Macht – Sinn«

Wir von der INWO hinterfragen den Sinn dieses Wirtschaftswachstums. Es ist zu einem Wachstum um des Wachstums willen geworden, denn dahinter steht der Zwang eines fehlerhaften Geldsystems. Es ist zu hoffen, dass dies auch unseren Parlamentariern klar wird, wenn im kommenden Jahr eine neue Enquete-Kommission den Zusammenhängen von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität nachgeht (siehe S. 10).

Parallel dazu wird die INWO im März auf einem groß angelegten Kongress »Geld – Macht – Sinn« die Sinnfrage stellen (Näheres dazu in Kürze auf www.INWO.de). Darüber hinaus wollen wir in 2011 natürlich auch viel anderes Sinnvolles leisten, um unsere Mitbürger über die Geld- und Bodenproblematik aufzuklären. Dabei hoffen wir auf die Unterstützung unserer Mitglieder, auch auf Sie!

Eine besinnliche Zeit
wünscht Ihnen



Beate Bockting

Inhalt

- 3 Wir brauchen eine Postwachstumsökonomie!
Interview mit Niko Paech
- 6 Josef Hüwe:
Warum ständig Wirtschaftswachstum?
- 8 Hans Jürgen Krysmanski:
Die Reise nach Richistan
- 10 Beate Bockting:
Wachstum = Wohlstand, Lebensqualität?
- 11 INWO Deutschland
- 14 INWO Schweiz
- 16 Termine
- 17 Medienspiegel
- 18 Helmut Creutz: »Vollgeld und Umlaufsicherung
gehören zusammen«
- 21 Buchvorstellungen
- 23 Bestellmöglichkeiten

Impressum

FAIRCONOMY 6. Jahrgang, Nr. 4 Dez. 2010, ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion: B. Bockting (V.i.S.d.P.), J. Hakenes, W. Schneider,
E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail: Versand@INWO.de

Auflage: 2.000 Exemplare; davon 550 als »r-evolution«
(INWO Schweiz)

Bildnachweis

Titelseite: fotolia.com © Jamie Duplass & fuxart / cvp-design;
INWO-Materialien: SMARTi-d – Andreas Franke; Autoren- und
Produktfotos: privat und Verlage; 3: pixelio.de © jimbi; 4:
Foto Paech von Dirk Fischer, pixelio.de © Peter Röhl; 5: pixelio.de © Grace Winter; 6: pixelio.de © Jürgen Acker; 7: pixelio.de © M. Großmann; 8: fotolia.com © Martina Rühl; 9: photocase.com © heckenschwein; 10: © SPD-Parteivorstand/D. Butzmann/F. Jaenicke/S. Knoll/B. Kraehahn; 11: Erich Lange; 12: Jörg Schreiner; 15: www.moneymuseum.com; 16: pixelio.de © Joss; 17: fotolia.com © Feng Yu; 18+19: Grafiken von Helmut Creutz; 19: fotolia.com © Thomas Reimer; 20: pixelio.de © S. Hofschläger.

Layout: cvp-design, Christina v. Puttkamer, München

Druck: Neumann, Landshut (gedruckt auf 100% Recyclingpapier)

Herausgeberin: INWO Deutschland e.V., Max-Bock-Str. 55,
60320 Frankfurt

Abo-Kontakt: Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg,
Telefon: +49 6623 919601, Fax: +49 6623 919602,
E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>

Kontoverbindung:

Konto 6010451400 bei der GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum
(BLZ: 430 609 67)
IBAN: DE 32430609676010451400, BIC: GENO DE M 1 GLS

Die FAIRCONOMY ist die Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam und informieren unsere Mitglieder. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische

Auswüchse. Voraussetzung für die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Wir brauchen eine Postwachstumsökonomie!

Interview mit Niko Paech

Noch bis in die Achtzigerjahre hinein wurden ökologisch bewusste Menschen als »Müslis« belächelt und von den Mitbürgern und Politikern nur selten wirklich ernst genommen. Jetzt ist »Öko« ein Mainstream-Thema und alle Parteien setzen auf »ökologisches Wachstum«. Warum ist das für dich kein Grund zur Freude?

Die Möglichkeit, systematisch eine Art »ökologisches Wachstum« herbeizuführen und aufrechtzuerhalten, existiert nicht, zumindest wenn sich dieses als Zunahme der in Geld über Märkte gehandelten (auch noch so ökologischen) Waren äußern soll. Eine Zunahme des Bruttoinlandsproduktes ist nie zum ökologischen Nulltarif zu haben, wenn die vermeintlich ökologischen Marktlösungen hinzuaddiert, also die weniger ökologischen Lösungen gar nicht ersetzt werden. Kommt es hingegen zum Ersatz, wächst die Wirtschaft nicht. Also: Entweder Nachhaltigkeit oder Wachstum – beides gleichzeitig ist nicht zu haben. Die dringend überfällige Entlastung der ökologischen Lebensgrundlagen setzt zu allererst voraus, dass der Umfang an arbeitsteiliger Industrieproduktion nicht mehr wächst, für eine Übergangszeit sogar sinkt.

»Die Menschen und die von ihnen gewählten Politiker wissen sehr wohl, welchen langfristigen sozialen und ökologischen Preis unsere Kultur der gnadenlosen Selbstverwirklichung hat.«

Was bedeutet denn Wachstum überhaupt?

Mir kommt es zunächst auf das BIP (Bruttoinlandsprodukt) an. Damit ist – vereinfacht gesprochen – der Gesamtwert an volkswirtschaftlicher Produktion von Gütern und Dienstleistungen gemeint, die pro Jahr für den Verbrauch bereitgestellt werden. Zu-

sätzlich zu der Bedingung, dass das in Geld gemessene BIP nicht mehr wächst, sind sicherheitshalber auch Grenzen für den Ressourcenverbrauch wichtig. Warum? Ganz einfach: Dass eine Steigerung des BIP nicht ohne Umweltzerstörung zu haben ist, darf nicht zum Umkehrschluss verleiten, dass dessen Senkung automatisch zur Umweltentlastung führt.

Am Beispiel der Billigflüge wird eindrucksvoll deutlich, dass man oder frau mit extrem wenig Geld maximale ökologische Schäden verursachen kann. Insbesondere zwei materielle Grenzen wären deshalb sehr wichtig, nämlich erstens ein Limit für die individuell verursachte Menge an CO₂-Emissionen in Höhe von zwei bis drei Tonnen pro Jahr und zweitens ein konsequenter Stopp jeder weiteren Flächenversiegelung. Allein diese Begrenzungen hätten eine immense direkte und indirekte Hebelwirkung gegen weitere materielle Expansionen.

Gibt es denn nicht auch sinnvolles Wachstum? Brauchen wir nicht dringend innovative nachhaltige Technologien? Sind Solaranlagen oder Passivhäuser etwa keine gute Sache?

Solaranlagen sind nur sinnvoll, wenn deren Strom den weniger nachhaltigen ersetzt, also in entsprechendem Umfang atomare und fossile Kraftwerke stillgelegt werden. Passivhäuser tragen nur unter zwei Bedingungen zum Klimaschutz bei: Erstens dürfen keine zusätzlichen Häuser gebaut, sondern nur alte ersetzt werden. Zweitens darf dieser Ersatz nur erfolgen, wenn die Sanierung der alten Häuser nicht vergleichsweise CO₂-sparender ist, und zwar unter Einbeziehung der Emissionen, die der Passivhausneubau verursacht. Ein Übergang zu dieser Strategie führt nicht zur Zu-, sondern Abnahme des BIP. Warum sollen wir dann von Wachstum reden?

Der aktuelle 20. Bericht der Vereinten Nationen über die menschliche Entwicklung zeigt ja auch wieder, dass Wirtschaftswachstum nicht alles ist und dass auch ohne stetiges BIP-Wachstum Verbesserungen möglich sind. Sind solche alternativen Wohlstandsindizes, wie sie im Human Development Report ver-



Immer höher hinaus? – Wir brauchen eine Postwachstumsökonomie.

wendet werden, richtungsweisend?

Diese Diskussion wird unter Wirtschaftswissenschaftlern schon seit über drei Jahrzehnten geführt und bei Bedarf immer wieder – versehen mit neuen Bezeichnungen und leichten Anpassungen – in die Diskussion eingebracht. Dies ist durchaus zu begrüßen. Das BIP enthält ja Komponenten, deren Zunahme sogar als direkter Schaden zu bezeichnen wäre, beispielsweise wenn infolge von Unfällen, bei denen Menschen verletzt werden, die Umsätze der Automobilindustrie, der KFZ-Betriebe und im medizinischen Sektor steigen. Aber die Einführung alternativer Wohlfahrtsindizes löst nicht das Wachstumsproblem, denn die Menschen und die von ihnen gewählten Politiker wissen sehr wohl, welchen langfristigen sozialen und ökologischen Preis unsere Kultur der gnadenlosen Selbstverwirklichung hat. Nun zu meinen, dass diese stillschweigende Übereinkunft plötzlich nur deshalb in Frage gestellt wird, weil ihre Schattenseiten elegant als Index zum Ausdruck gebracht werden, darf wohl als naiv bezeichnet werden.

Außerdem: Lässt sich das Glück der Menschen überhaupt im Sinne einer auch noch so ausgeklügelten Maßgröße über ein be-

stimmtes Niveau hinaus permanent steigern? Soll also anstelle des BIP lediglich eine »bessere« Zielgröße ständig wachsen? Geht es nicht eher um die Setzung von Rahmenbedingungen, die Unglück und langfristige Schäden vermeiden helfen, so dass es den Menschen überlassen bleibt, innerhalb dieses Rahmens eigenverantwortlich für das zu sorgen, was sie Glück nennen?

»Warum betrachten wir nicht Einsparungen und Rückbau als positive Leistungen?«

Würdest du der Erkenntnis aus dem UN-Bericht zustimmen, dass Ungleichverteilung eines der zentralen Hindernisse für menschliche Entwicklung ist?

Nur bedingt, denn Ungleichheit ist eine relative Größe, die nichts über die absolute Höhe der Versorgung der weniger gut ausgestatteten Personen sagt. Nach Erreichen eines bestimmten Wohlstandsniveaus wird die Unterstellung, dass das Glück, welches ich bei einer bestimmten materiellen und monetären Ausstattung empfinden kann, dadurch geschmälert würde, dass andere über eine noch höhere Quantität dieser Ausstattung verfügen, zu einer sich selbst erfüllenden Erwartung.

Moderne Gesellschaften tendieren dazu, Institutionen und Zuständigkeiten hervorzubringen, deren Daseinsberechtigung darin besteht, permanent neue Ungleichheiten

Wir könnten viele Energiesklaven, Komfortbrücken und Infrastrukturen ausfindig machen, die wir gar nicht nötig haben.



oder »Gerechtigkeitslücken« aufzudecken und medial zu verbreiten. Letztere lassen sich in Missstände umdeuten, deren Beseitigung zum groß angelegten Projekt gesellschaftlichen Fortschritts wird. Nach dieser Logik kann jedes auch noch so hohe und ehemals als hinreichend empfundene Konsumniveau allein dadurch entwertet werden, dass irgendjemand mit noch üppigerer Ausstattung als Beweis dafür ins Feld geführt wird, dass man es besser haben könnte. Diese systematische Mobilisierung von Unzufriedenheit gibt die Entwicklungsrichtung moderner Gesellschaften vor: Wachstum zwecks vermeintlichen sozialen Fortschritts.

... statt Genügsamkeit und ökologischer Nachhaltigkeit?

Ja, genau. Wenn verhindert werden soll, dass durch diese Instrumentalisierung von Ungleichheit soziale gegen ökologische Belange ausgespielt werden, ist das absolute Niveau – und zwar gemessen an Umweltbeanspruchung! – entscheidend, auf dem Gleichheit anzustreben wäre. Also noch mal: zwei bis drei Tonnen CO₂ für jede/n pro Jahr!

Auch bei unseren Politikern gewinnt die Einsicht an Fahrt, dass der Wohlstand eines Landes nicht allein über den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen definiert werden kann. SPD und Grüne haben einen Antrag initiiert, dem sich Union und FDP angeschlossen haben und der die Einsetzung einer Enquete-Kommission mit dem Namen »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« vorsieht. Auch dieses Gremium soll einen neuen Indikator entwickeln, der das BIP ergänzt. Was hältst du davon?

Sehr viel, denn allein die Thematisierung dieses Problems im Rahmen einer Enquete-Kommission kann einiges bewirken. Allerdings sollten darüber hinaus grundsätzlich die Konturen einer Postwachstumsökonomie behandelt werden.

Wie sieht denn eine solche »Postwachstumsökonomie« in deinen Augen aus?

Grob vereinfacht sind dazu zwei Stoßrichtungen vonnöten, nämlich erstens ein Zeitalter der Entrümpelung (Suffizienz) und zweitens eine neue Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung (Subsistenz). Die Suffizienzstrategie kehrt das moderne Prin-



apl. Prof. Dr. **Niko Paech**, geb. 1960, Studium der Volkswirtschaftslehre; derzeit Vertreter des Lehrstuhls für Produktion und Umwelt (PUM) an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Gründungsmitglied und Vorstandssprecher (2006 – 2008) des Oldenburg Center for Sustainability Economics and Management (CENTOS); TV-Moderator im Lokalfernsehen im Bereich Nachhaltigkeitskommunikation; Vorsitzender der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ); Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von ATTAC, des Fachbeirates des Regiogeld-Verbandes, des PostFossil Instituts (PFI)

zip der Steigerung von Güterwohlstand ins Gegenteil um: Warum betrachten wir nicht Einsparungen und Rückbau als positive Leistungen? Wir könnten viele Energiesklaven, Komfortbrücken und Infrastrukturen ausfindig machen, die wir gar nicht nötig haben – ganz gleich ob elektrisches Küchengerät, Wellness-Rezeptur, Flugreise oder Tiefseehafen. Von derartigen Belastungen sollten wir unseren Alltag und die Gesellschaft als Ganzes frei machen. So sparen wir Zeit, Geld, Raum und ökologische Ressourcen. Weg mit dem überbordenden Wohlstandsschrott, der nur unser Leben verstopft!

Der zweite Ansatzpunkt zielt darauf, die schicksalhafte Abhängigkeit von geldbasierter Fremdversorgung zu überwinden. Eigenarbeit ist angesagt! Wer unentgeltlich für sich selbst und sein nahes soziales Umfeld tätig ist, schlägt drei Fliegen mit einer Klappe: Erstens ist das der beste Selbstschutz gegenüber zukünftigen Ressourcenknappheiten (Peak Oil, Peak Everything), die das aktuelle Wohlstandsmodell unbezahlbar machen. Zweitens schützen wir direkt die Umwelt. Und drittens mildern wir strukturell Wachstumszwänge, die einem geldbasierten, arbeitsteiligen Industriemodell innewohnen. **In den Medien kommt ein solches Denken höchstens am Rande vor. Wer beschäftigt sich mit diesen Fragen?**

»Die bessere Welt ist nicht käuflich, sondern nur durch eigenes Tun und Üben herzustellen.«

Momentan ist das Thema en vogue, wie selten zuvor, das lässt immerhin hoffen! Der Grund liegt auf der Hand. Mit der 2008 ausgelösten Finanzkrise ist der Glaube an die Stabilisierbarkeit unseres Wohlstandsmodells dermaßen erschüttert worden, dass nun die Suche nach neuer Orientierung einsetzt. Orientierungshilfen auf wissenschaftlichem Gebiet gibt es u.a. vom Wuppertal Institut und aus der Subsistenzforschung um Veronika Bennholdt-Thomsen, Christa Müller, Andrea Baier, Adelheid Biesecker, Gerhard Scherhorn oder Elisabeth Meyer-Renschhausen, um nur einige zu nennen. Praktische Ansätze kommen z.B. aus der Tauschring- und Regiogeldbewegung, der ökologischen Landwirtschaft und der nachhaltigen Regionalentwicklung.

In letzter Zeit findet auch die aus Frankreich stammende Décroissance-Bewegung immer mehr Anhänger. Diese Gruppierung um Prof. Serge Latouche strebt an, dass Wachstum und Ökonomie nicht mehr als zentrale Steuerungselemente unseres Lebens fungieren. Unser alltägliches Leben und Denken wird dermaßen vom Wachstumsgedanken gesteuert, dass unsere Gedankenwelt quasi erst einmal »dekolonialisiert« werden muss. Mit den Worten Latouches: »le lien remplace le bien«, die zwischenmenschliche Beziehung ersetzt die Ware, das Gut.

Da ist was dran. Probleme können nicht in dem Denken gelöst werden, in dem sie entstanden sind.

Wie kann sich denn ein neues Denken verbreiten?

Derzeit verzetteln wir uns in einer reizüberfluteten Konsumsphäre, die unsere knappsten Ressourcen aufzehrt, nämlich Zeit und Aufmerksamkeit. Durch den Abwurf von Wohlstandsballast können wir uns auf das Wesentliche konzentrieren, statt im Hamsterrad der käuflichen Selbstverwirklichung zusehends Schwindelanfälle zu bekommen. Wenige Dinge intensiver zu nutzen und zu diesem Zweck bestimmte Dinge einfach souverän zu ignorieren, bedeutet weniger Stress und mehr Glück.

Wenn es eine Voraussetzung ist, »in das materiell Vorhandene neuen Sinn hineinzukonstruieren«, wie du es mal formuliert hast, wie kann das geschehen?

Ganz einfach: Durch Entschleunigung.

Was heißt das in der Praxis?

Die Dinge und Aktivitäten, welche man sich aneignet, sollte man nicht so oft wiederholen, sondern länger wirken lassen, also den Zeitabstand zwischen den (Konsum-) Ereignissen »strecken«. Beispiel: Wenn jemand eine Reise unternimmt und dort schöne Eindrücke einfängt, können die damit ausgelösten Gefühle immer wieder in Gesprächen, durch gesellige Abende, Diavorträge, Schilderungen usw. reaktiviert, kraft eigener Imagination und Reflexion neu belebt werden. Und plötzlich stehe ich vor der Erkenntnis: Warum muss ich im nächsten Jahr wieder dorthin? Sind Erinnerung und Imagination nicht Ressourcen, die mir dazu verhelfen, aus einem materiellen Erlebnis mehr Genuss zu ziehen, so dass ich die Dosis herabsetzen kann? Worum es geht: Die Kraft der Versenkung, Ausschöpfung und Imagination durch Übung zu steigern, um weniger materielle Stimuli in Form von Mobilität und Konsum zu benötigen.

Aber wir leben nun einmal in einer Konsumgesellschaft. Ist Konsumverweigerung der einzige Ausweg?

Ja.

Und was ist mit der Bio-Branche? Ist es nicht ein Fortschritt, dass diese weiter wächst und Bio-Produkte inzwischen auch in Supermärkten zu haben sind?

Supermärkte sind immer Teil des Problems und nicht deren Lösung, weil sie abhängig von Fremdversorgung und Wachstum machen. Ökoprodukte in Supermärkten sind einfach nur weniger schlimm, aber noch keine tragfähige Lösung. Direkt- und Regionalvermarktung, erst recht aber lokale Selbstversorgung sind weitaus nachhaltigere Alternativen. Die bessere Welt ist nicht käuflich, sondern nur durch eigenes Tun und Üben herzustellen. Die vielen Bio-Varianten für Konsumgüter dienen wohl in erster Linie dazu, eine Konsumgesellschaft zu retten, der andernfalls die Eingebungen für neue Wachstumstreiber ausgehen würden.

Es gibt schon eine Menge, auch internationale, Bewegungen, die für soziale, kulturelle, ökonomische und ökologische Veränderungen eintreten. Doch Politik und Wirtschaft setzen weiterhin auf

Wachstum. Wie kann sich da wirklich was bewegen?

Die Politik wird sich erst bewegen, wenn sie sieht, dass die Menschen durch Lebensstilveränderungen die Bereitschaft für echten, nicht nur symbolischen Wandel zeigen, also Fakten schaffen. Demonstrieren gegen Stuttgart 21 oder Schottern gegen Laufzeitverlängerungen reicht allein nicht. Wer die Politik dazu bringen will, das Wachstumsdogma fallen zu lassen, muss zuerst zeigen, dass er so leben kann und will, wie es dann nur noch möglich ist. Wer nicht ohne Auto, Flugzeug, Einfamilienhausvilla etc. auskommt, sollte nicht die Politik für den Wachstumswahn verantwortlich machen.

Jede/r Einzelne kann zu einem Kurswechsel beitragen. Aber sind unsere Möglichkeiten nicht zu marginal, wenn sich nicht



Jeder kann genau der Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringt und damit zur Bildung neuer Strömungen beiträgt.

auch auf politischer und wirtschaftlicher Ebene radikal etwas verändert?

Niemand kann wissen, ob er oder sie nicht genau der Tropfen ist, der das Fass zum Überlaufen bringt und damit zur Bildung neuer Strömungen beiträgt. Als Wissenschaftler orientiere ich mich an Formen eines sozialen Interaktionismus. Alles was ich tue und unterlasse, beeinflusst andere. Daraus ergeben sich zugleich eine Verantwortung und Möglichkeiten, wirksam zu sein.

Bist du auch der Meinung, dass das herrschende Geldsystem das Wirtschaftswachstum antreibt und wir nicht um eine Geldreform herumkommen?

Absolut! Ich halte Regiogeld, das nicht per Zins, sondern als »rostende Banknote« umlaufgesichert ist, aber auch andere Ansätze wie etwa das sog. »Vollgeld« für wegweisend.

Das Interview führte Beate Bockting.

Warum ständig Wirtschaftswachstum?

Warum muss immer mehr produziert, verkauft und konsumiert werden, auch dann noch, wenn schon ein hoher Lebensstandard erreicht ist? Können die Menschen nie genug bekommen oder kann die Wirtschaft nur mit Wachstum funktionieren?

Je nach Standort, von dem aus das permanente Wirtschaftswachstum betrachtet wird, lauten die Antworten unterschiedlich. Schaut man auf andere Bereiche mit ständigem Wachstum, fallen die Geldvermögens- und Schuldenberge auf. Die Geldvermögen der privaten Haushalte sind im Laufe von Jahrzehnten vor allem durch den Zinseszinsseffekt lawinenartig gewachsen. Für deren Bedienung mit Zinsen müssen in wachsendem Umfang Kredite vergeben werden. Zur Tilgung der Schulden und zur Bezahlung der Schuldzinsen ist in zunehmendem Maße Mehrproduktion und deren Absatz erforderlich.

Die Unternehmer

Geht man von den Unternehmern aus, die Schulden tilgen und Schuldzinsen bezahlen müssen, sieht die Situation folgendermaßen aus: Unternehmensschuldner leiten nur in Höhe ihrer Kreditsummen Kaufkraft in die Wirtschaft, müssen aber mit dem Verkauf ihrer Produkte mehr Geld hereinholen, um auch die Schuldzinsen bezahlen zu können. Daher müssen sie Produktion und Absatz steigern. Damit die Mehrproduktion tatsächlich verkauft werden kann, müssen Nachschuldner auftreten, müssen die Kreditaufnahmen gesamtwirtschaftlich kontinuierlich zunehmen.

Zur Kreditaufnahme kann sich der einzelne Unternehmer aus folgendem Grunde gezwungen sehen: In Konkurrenz mit anderen Unternehmern muss er sich auf dem Markt behaupten. Um Produkte zu günstigeren Preisen anbieten zu können, kann er nicht die Kreditkosten senken. Diese muss er bezahlen, um kreditwürdig zu bleiben und um eine Zwangsvollstreckung zu

Wenn die private Wirtschaft es nicht mehr schafft, in dem gesamtwirtschaftlich erforderlichen Umfang Kredite aufzunehmen, springt der Staat ein und verschuldet sich.

verhindern, bei der er – schlimmstenfalls – im Kreditvertrag verpfändetes Eigentum verlieren würde. Verringern kann der Unternehmer aber seine Lohnkosten – der technische Fortschritt macht's möglich –, durch Innovation, Rationalisierung und Verringerung der Zahl der Arbeitskräfte. Technische Neuerungen bedeuten jedoch wiederum Kapitalbedarf und Wirtschaftswachstum. Akti-

engesellschaften stehen unter einem Wachstumsdruck, weil die Aktionäre Kurssteigerungen erwarten.

Der Staat

So notwendig Wirtschaftswachstum im bestehenden System auch ist, man kann weder Unternehmer noch Konsumenten dazu



Natürliches Wachstum
tendiert zur
Stabilisierung ...



... Geld- und Wirtschaftswachstum
zum Zusammenbruch.

zwingen, immer mehr Kredite aufzunehmen sowie Produktion und Konsum zu steigern. Wenn die private Wirtschaft es nicht mehr schafft, in dem gesamtwirtschaftlich erforderlichen Umfang Kredite aufzunehmen, springt der Staat ein und verschuldet sich. So kann das System zwar auch längerfristig funktionieren, aber Schulden und Zinslasten des Staates drohen allmählich soweit zuzunehmen, dass ein Kollaps irgendwann nicht mehr zu vermeiden ist. Heute erleben wir, dass Griechenland und Irland nur durch Hilfe von

schwendet und die Umwelt belastet. Möglichst alles, was machbar ist, will man realisieren. Die einen wollen es verkaufen, die anderen wollen es kaufen. Den Auswirkungen solcher Triebkräfte könnten Grenzen gesetzt werden durch strengere Umweltschutzgesetze und Ökosteuern.

Wie aber soll dies gehen in einem System, das auf Gläubiger-Schuldner-Beziehungen mit unaufhörlichen Zinsgewinnforderungen basiert? Sie zu erfüllen ist Voraussetzung des

Gewalt zu lösen – hier gewaltsam Zugang zu Ressourcen zu gewinnen und dort krasse Ungleichheiten mit Gewalt zu festigen oder gar noch zu verstärken.

Die Militärausgaben auf der Welt sind von 1999 bis 2008 um etwa 90 Prozent gestiegen, wie das Internationale Institut für Friedensforschung in Stockholm (Sipri) berechnet hat – Aufrüstung in einem seit Ende des Kalten Krieges nicht mehr gekannten Ausmaß! Überlieferte Daten zum Beispiel aus den USA zeigen, dass verstärkte Rüstungsproduktion, Kriege sowie der darauf folgende Wiederaufbau jeweils zu einem starken konjunkturellen Aufschwung der Wirtschaft geführt haben. "Den größten Handel aller Zeiten" (Rüstungskontroll-Experte William Hartung) planen die USA für die nächsten fünf bis zehn Jahre, einen Rüstungsdeal mit Saudi-Arabien: Waffen und Jets im Wert von 60 Mrd. Dollar. Growth must go on! ■

Die Militärausgaben auf der Welt sind von 1999 bis 2008 um etwa 90 Prozent gestiegen.

außen davor bewahrt werden können. Für Portugal und Spanien wird das Gleiche schon befürchtet.

Der Mensch

Neben systembedingten Wachstumsgründen gibt es Antreiber, die im Wesen und Charakter der Menschen verankert sind: Profitgier und Konsumsucht sowie die Erfindungsgabe. Letztere sorgt nicht nur dafür, dass Unternehmer technische Neuerungen einführen können. Sie beschert der Menschheit viele Dinge, die eigentlich überflüssig sind, deren Herstellung Ressourcen ver-

Wirtschaftens – der entscheidende Grund, warum wir uns nicht auf ein Wachstum beschränken können, das sparsam mit Ressourcen umgeht und die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, und warum die Konjunktur nicht sogar ohne Wachstum aufrechterhalten werden kann.

Aufrüstung und Krieg

Und auch dies ist noch in den Blick zu nehmen: Ein Eigentumsabsolutismus im Bodenrecht sowie extreme Ungleichheit der Ressourcen-, Einkommens- und Güterverteilung stärken weltweit die Neigung, Konflikte mit



Josef Hüwe, Jg. 1938, berufliches Fachgebiet Sozialversicherung. Seit 1960 befasst mit Grundfragen der Volkswirtschaft inkl. Freiwirtschaft. INWO-Mitglied.

Die Reise nach Richistan

Die Reichen werden immer reicher, die Löcher in den öffentlichen Haushalten tiefer und tiefer. Zufall? Mitnichten. Beides sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Der sicherste aller Schuldner und damit der Traum aller Kreditgeber ist – nach wie vor – der Staat.

Dabei trägt der Schulden machende Staat kräftig bei zur Konzentration von privatem Reichtum. Indem er auf den privaten Finanzmärkten Kredite aufnimmt, verpfändet er einen Teil des Steueraufkommens an so genannte institutionelle Anleger wie Investmentbanken oder Aktien-

fonds. Diese aber sind nichts anderes als Frontorganisationen der Reichen, der Vermögenden, der »High Net Worth Individuals« (HNWI).

Richistan

Für das imaginäre Land, in dem alle diese Gläubiger hausen, hat das Wall Street Journal den Namen »Richistan« erfunden. In den Palästen Richistans leben weltweit – und man kann das nur global betrachten – 10.000 bis 20.000 Superreiche mit jeweils einem frei verfügbaren Vermögen von mehr als 500 Millionen Dollar, darunter rund 3000 Milliardäre mit Vermögen von bis zu 60 Milliarden Dollar. Diese Geldfürsten bilden zusammen mit den rund 100.000 Geldgrafen und Geld-

1,6 Billionen (1600 Milliarden) Euro in der Hand. Damit fließen den Richistani allein in diesem Jahr etwa 66 Milliarden Euro an Zinszahlungen aus dem bundesdeutschen Haushalt zu. Nach dem Sozialbudget (147 Milliarden Euro) ist dies der zweitgrößte Ausgabenposten im Budget der Bundesregierung.

Die Identität dieser Gläubiger aber wird konsequent aus der öffentlichen Diskussion herausgehalten. Die Gläubiger des Staates verstecken sich hinter dem Bankgeheimnis. Sogar die bundesdeutsche Finanzagentur, die für den Bund die Kreditaufnahme regelt, kennt die Geldgeber nicht. Zwar sei das Interesse groß an der Frage »Wem gehört die Bundesrepublik?«, sagt einer ihrer Sprecher. Aber ihre Beantwortung scheitere an den Interessen derer, die die Papiere des Bundes erwerben.

»Institutionelle Anleger wie Investmentbanken oder Aktienfonds sind nichts anderes als Frontorganisationen der Reichen.«

baronen – mit Vermögen zwischen 30 Millionen und 500 Millionen – die Gruppe der »Ultra High Net Worth Individuals« (UHNWIs). Hinzu kommen eine Million Angehörige des einfachen Geldadels – HNWIs – mit Vermögen zwischen fünf Millionen und 30 Millionen Dollar sowie rund 15 Millionen Personen des niederen Geldadels mit Vermögen zwischen einer Million und fünf Millionen Dollar. Fast alle sind nach der jüngsten Krise zumindest auf dem Papier wieder obenauf und reicher als zuvor. Wie kommt das?

Wem gehört die Bundesrepublik?

Bei uns haben diese Gläubiger inzwischen Staatsschuldscheine von über

Nun sind vermögende Staatsgläubiger – so sie überhaupt in Deutschland leben – ja angeblich auch große Steuerzahler. Es könnte also sein, dass sie mit den Staatsschuldzinsen nur ein wenig von dem zurückerhalten, was ihnen zuvor an Steuern abgeknöpft wurde. Doch weit gefehlt. Die von Vermögenden zu zahlenden Steuern sind in der Regel Erbschafts-, Grund-, Gewerbe-, Einkommens-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuern. Mit dem Aufkommen aus diesen Steuern in Höhe von jährlich rund 65 Milliarden Euro könnten nach einer fiktiven Aufrechnung die jährlichen Staatsschuldzinsen von 66 Milliarden Euro knapp finanziert werden. Aber selbst dann bliebe es bei einem Nullsummenspiel; die Steuern des Geldadels in Deutschland trügen nicht das Geringste zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben bei.



Wem gehört unser Land eigentlich? –
Die Identität der Gläubiger bleibt geheim.

Die andere Seite der Staatsverschuldung

Staatsverschuldung kann, sagen zumindest die Keynesianer unter den Ökonomen, eine Volkswirtschaft aber auch beflügeln. Insofern ist sie nicht von vornherein schlecht – vorausgesetzt, sie wird verbunden mit einer klugen Steuerpolitik, welche die Reichen und vor allem die Superreichen ordentlich zur Kasse bittet. Aber an einer solchen Eindämmung müheloser Gewinne sind die Bewohner Richistans selbstverständlich nicht interessiert.

Eine Staatsverschuldung mit Bereicherungseffekt für die Reichen dient – wie jegliche Geldumverteilung von unten nach oben – ja auch der Machtkonzentration. Den Herren und Damen von Richistan ist klar, dass Geldkapital in einer Verschuldungskrise wie in den 1930ern oder heute völlig wertlos werden könnte. Sie stellen sich ein auf kommende ökonomische und soziale Katastrophen, auf revolutionäre Unruhen. Mit ihrem flüchtigen Geld kaufen sie sich ein in Gated Communities und Sicherheitszonen. Durch Korrupti-



»Eine Staatsverschuldung mit Bereicherungseffekt für die Reichen dient der Machtkonzentration.«

onzahlungen schaffen sie sich Einfluss- und Abhängigkeitsnetze. Vor allem aber richten sie sich im Zusammenspiel mit staatlichen und politischen Strukturen auf »Kapitalschnitte« und »Währungsreformen« ein – aus denen, wie die Geschichte lehrt, die ganz Großen auf Kosten aller Kleineren immer gestärkt hervorgegangen sind.

»Der Krieg der Staaten geht, der Konflikt der Klassen kommt«, prognostiziert das strategische Militärinstitut des Britischen Verteidigungsministeriums für das Jahr 2030: Aufgerieben zwischen »wachsender sozialer Verelendung einerseits und dem schamlosen Leben der Superreichen andererseits« könn-

ten sich nicht nur die Unterschichten, sondern vor allem die »Leistungs- und Wissensebenen, die früher einmal Bildungsbürger und Facharbeiter genannt wurden«, zu einem schlagkräftigen Interessenverbund zusammenfassen. Diese »neue Klasse« würde dann politisch für ihre eigenen grenzüberschreitenden Interessen gegen den Kapitalismus der Superreichen kämpfen.

Deshalb also müssen die Reichen immer reicher werden, deshalb rüstet Richistan auf. Und wie ist das in Deutschland? Merz, Schröder, Clement, Koch, Köhler und wie sie alle heißen – sie sind schon aufgesprungen auf diesen Zug. ■



Hans Jürgen Krysmanski, emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Münster. Publikationen u.a. *Soziologie und Frieden* (1993), *Hirten & Wölfe. Wie Geld- und Machteliten sich die Welt aneignen*

(2. Aufl. 2009). Autor zahlreicher TV-Reportagen und u.a. Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Wissenschaftlichen Beirats von Attac. Homepage: www.uni-uenster.de/PeaCon/krysmanski

Wachstum =

Wohlstand, Lebensqualität?

Eine neue Enquete-Kommission soll sich mit den Wachstums- und Wohlstandsperspektiven Deutschlands für die nächsten Jahrzehnte beschäftigen. Einen entsprechenden gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU/CSU und FDP hat der Bundestag am 1. Dezember angenommen.

Enquete-Kommissionen sind fraktionsübergreifende Arbeitsgruppen aus Abgeordneten und Sachverständigen, die über die Tagespolitik hinaus gesellschaftlich wichtige Fragestellungen untersuchen. Den Stellenwert von Wachstum in Wirtschaft und Gesellschaft unter die Lupe zu nehmen, ist mit Sicherheit sehr relevant für unsere Zukunft. Wir dürfen daher gespannt sein auf die neue Kommission mit dem Titel »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«.

Alle Fraktionen sind sich einig, dass das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandsindikator nicht befriedigend ist, da es vor allem Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch nicht richtig abbildet. Die Kommission soll möglichst einen ergänzenden Indikator entwickeln, der »die Einflussfaktoren von Lebensqualität und gesellschaftlichem Fortschritt angemessen berücksichtigt«.

Geklärt werden soll auch die Frage, wie angesichts endlicher materieller Ressourcen das Wachstum des BIP vom Verbrauch an Ressourcen, Umwelt-, Biokapital sowie klimaschädlicher Emissionen »dauerhaft entkoppelt« werden kann. Große Hoffnung setzt man nach wie vor auf »Zukunftsfelder technischen Fortschritts«, in denen eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs erwartet werden kann – solche soll die Kommission ausfindig machen.

Ordnungspolitische Bedingungen klären

Sie soll zudem darlegen, welche ordnungspolitischen Bedingungen für ein nachhaltiges Wirtschaften im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft erfüllt sein müssen. Angedacht ist dabei, das Verursacherprinzip stärker zur Geltung kommen zu lassen, so dass ökologische und soziale Kosten in Zukunft weniger auf andere abgewälzt werden können. Außerdem soll die gesamte Wirtschaft auf künftige Knappheiten vorbereitet werden. Bei den ordnungspolitischen Voraussetzungen müsste jedoch auch die Rolle der Geldord-

nung sowie, damit zusammenhängend, der Bodenordnung in den Blick genommen werden. Die Worte »Geld«, »Geldsystem« oder »Geldordnung« sucht man leider im Antrag vergeblich. Immerhin könnten die Kommissionsmitglieder auf die Zinsproblematik stoßen, wenn sie, wie im Antrag vorgesehen, wirklich tiefgehend »den Zusammenhang zwischen Finanzmarktregeln, Renditezielen und einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung analysieren«.

Sozialstaat erhalten

Zudem soll die Kommission im Hinblick auf die Erhaltung des Sozialstaats hinterfragen, »ob eine stabile Entwicklung auch ohne oder mit nur geringem Wachstum möglich ist«, wo doch »die Schulden von heute die politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten von morgen beschränken«. Wir Geldreformer wissen: Wir sind zum Wachstum gezwungen, um die Schulden bedienen zu können und den Sozialstaat einigermaßen stabil zu halten. Doch dabei stoßen wir immer mehr an Grenzen. Will man zukünftig Gestaltungsmöglichkeiten zurückgewinnen, müsste man also nach Wegen suchen, wie die Schulden abgebaut und die Wirtschaftsteilnehmer mit Geld versorgt werden können, ohne dass die Zinsen irgendwann wieder steigen müssen oder – wie in Amerika – die Gelddruckmaschine angeschmissen und eine Inflationsgefahr in Kauf genommen wird. Wollen wir Stabilität und Nachhaltigkeit, werden wir um eine Reform der Geldordnung und geregelte Entschuldungsverfahren nicht herumkommen.

Lebensstile ändern

In ihrer Wichtigkeit keineswegs zu unterschätzen ist die Aufgabe der Kommission, den Einfluss von Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstilen auf die Möglichkeiten nachhaltigen Wirtschaftens zu untersuchen. Geklärt werden soll, ob nachhaltiges Wirtschaften »grundlegende gesellschaftliche Veränderungen und Veränderungen im Lebensstil des Einzelnen« erfordert. Allein das Wörtchen »ob« in diesem Zusammen-



Die Vorsitzende der Enquete-Kommission, Daniela Kolbe, möchte nicht auf Wachstum verzichten.

hang gibt allerdings zu denken! Es ist sehr zu hoffen, dass die Kommission über die Beantwortung dieser Frage hinauskommt, soll sie doch konkrete Handlungsempfehlungen entwickeln, um »eine Umsetzung der Ergebnisse in staatliche Maßnahmen, wirtschaftliches Handeln und gesellschaftliche Prozesse zu ermöglichen.«

Wachstumszwang beseitigen

Die Enquete-Kommission wird sich im Januar konstituieren. Ihr werden 17 Abgeordnete und 17 Wissenschaftler angehören. Als Vorsitzende wurde die Leipziger SPD-Abgeordnete Daniela Kolbe nominiert. Ein völliger Abschied vom Wachstumsziel ist aus Sicht der SPD-Politikerin nicht anzustreben: »Als Sozialdemokraten werden wir weiter für Wachstum arbeiten. Aber eben für ein Wirtschaftswachstum, das ökologisch nachhaltig ist, das global verantwortbar ist und das auch wirklich bei den Menschen ankommt.« Das klingt leider nicht nach einem wirklichen Richtungswechsel. Hoffentlich gelingt es den Kommissionsmitgliedern zumindest, gemäß ihrem Auftrag die bestehenden Wachstumszwänge aufzudecken. Dann dürften sie auch an den Vorschlägen der Geld- und Bodenreform-Bewegung interessiert sein, wie diese Zwänge beseitigt werden könnten.

Beate Bockting

Der Antrag (Bundestagsdrucksache 17/3853) ist im Internet zu finden unter:
<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/038/1703853.pdf>

Zwölf Teilnehmer haben am 20. November in der Düsseldorfer Luisenschule rege über die aktuellen Aktivitäten in der INWO gesprochen. Hauptthemen waren die bevorstehende Mitgliederversammlung vom 1. bis 3. April 2011 (Freitag bis Sonntag) in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal, wo, laut unserer Satzung, der Vorstand neu gewählt oder bestätigt werden muss. Frank Rösner stellt sich als Versammlungsleiter, Tobias Schütze als Protokollführer zur Verfügung.

Die Ergebnisse aus dem Vertiefungsseminar zum Thema »Technische Umsetzung einer Umlaufsicherung« sind im internen Fo-

und für die aktive INWO-Arbeit nötige Materialien verfügbar sein.

Die Internetseiten selbst wurden auch angesprochen, die sollten tiefere Einblicke in die Geld- und Bodenreform enthalten. Diskutiert wurde eine von Norbert Olah erstellte Abhandlung, die auch schon von Ralf Gelz über die Mailingliste »INWO-aktiv« versendet wurde. Um diese besser in einem größeren Kreis zu beurteilen, wird eigens eine Internetseite erstellt, die im internen Bereich der INWO-Webseiten eingesehen werden kann.

Von der Aktion zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) am 6. November in



V. l. n. r. Klaus Willemsen, Jörg Schreiner, Torsten Kries, Uwe Pflüger, Dirk Grabowski, Torsten Löffel, Norbert Olah, Jean-Pierre Colas, Ralf Gelz und Mark-Gero Brill. Nicht auf dem Bild, Michael Monheimius und Erich Lange.

rum einsehbar: eine umfangreiche Version von Tobias Schütze und eine einfachere von Klaus Willemsen. Diese sollen so bearbeitet werden, dass unsere Forderung auch nach außen sichtbar werden kann.

Das INWO-Handbuch, erstellt von Helmut Rau, soll in die internen Strukturen der Homepage eingefügt werden. Dort werden dann nach und nach relevante Daten archiviert,

Berlin gab es ein sehr positives Feedback von den Aktiven, die sich für die INWO daran beteiligt hatten. Die INWO hatte einen eigenen Stand, der regelrecht überlaufen war von BGE-Anhängern, die sich für die Lösungsansätze einer Geld- und Bodenreform interessierten.

In Zusammenarbeit mit Global Change und weiteren Organisationen wird ein Geldkongress mit dem Titel »Geld Macht Sinn« vorbereitet. Als Termin vorgesehen ist der 12./13. März 2011. Dies bietet eine weitere Möglichkeit, uns öffentlich wirksam zu präsentieren. Wir möchten unsere Mitglieder mobilisieren, sich aktiv daran zu beteiligen. Am Beispiel von Global Change wurde auch deutlich, dass die INWO-Aktiven sich wünschen, intensiver mit anderen Gruppen vernetzt zu arbeiten. Mittlerweile gibt es immer mehr Gruppen, die sich auch mit der Geldproblematik beschäftigen.

Am Sonntagvormittag nahm sich eine kleine Gruppe das Thema Struktur, Profil oder auch Leitbild der INWO vor. Als Vorbereitung für das nächste Aktiventreffen im Februar 2011, wo das ein Hauptthema sein wird. Es wurde ein Minimalkonsens herausgearbeitet, der beinhaltet, dass die INWO zum Ziel hat, eine Geld- und Bodenreform in der Gesellschaft zu etablieren, wobei ein zentraler Baustein die Umlaufsicherung ist. Als unsere Hauptzielgruppen werden die Mittelschicht und die Funktionsträger unserer Ge-

sellschaft betrachtet. Klar wurde auch, dass die INWO eine Geldreform mit Umlaufsicherung nicht als Allheilmittel für alle gesellschaftlichen Probleme ansieht – was unerschwinglich immer wieder als Kritik aufkommt.

Erich Lange

1. Aktiventreffen 2011

am Wochenende 18.-20. Feb. 2011
in der Jugendherberge Zwingenberg
(zwischen Darmstadt und Mannheim)
Möglichst frühzeitige Anmeldung an:
erich.lange@INWO.de

Mitglieder- versammlung 2011

am Wochenende 1.-3. April 2011
in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in
Wuppertal, Schanzenweg 86

Weitere Infos demnächst unter
www.INWO.de

INWO aktiv

Wer sich in der INWO engagieren möchte, hat die Möglichkeit, sich über den Mailverteiler INWO-aktiv mit anderen Aktiven auszutauschen.

Wer in den Verteiler aufgenommen werden möchte, schickt einfach eine Mail an:
ralf.gelz@INWO.de

In Berlin machten INWO-Aktive Vorschläge zur Finanzierung eines Grundeinkommens



INWO in Berlin

» Wer nach Berlin geht, repräsentiert den Verein!« Dieser Satz war für mehr als zehn FAIRCONOMY-Aktive am Samstag, den 6. November das Motto, um gut gelaunt, gut vorbereitet und gut mit Material versorgt am Brandenburger Tor in Berlin einen Infostand anzubieten. Anlass war die Veranstaltung zum Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE), die wegen der Anhörung im Bundestag am Montag darauf angesetzt war. Die Gruppe Global Change 2009 (<http://www.global-change-2009.com/blog/category/warum-vom-problem-zur-losung/>) hatte im Sommer bei der INWO wegen einer gemeinsamen Unterstützung dieser Veranstaltung angefragt. Die INWO hatte zugesagt,

da Global Change bezogen auf das Geldsystem sehr ähnliche Vorstellungen wie die INWO hat. Und so waren Aktive aus dem ganzen Bundesgebiet in Berlin. Das Info-Blatt »Ökosteuern – als Beitrag zur Finanzierung eines Grundeinkommens!« ging – eingelegt in's blaue INWO-Faltblatt – weg wie warme Semmeln, ebenso die Bierdeckel. Auch Standpunkte und Bücher wurden gekauft, und das Publikum interessierte sich sehr für die Texte und Grafiken an den Innenwänden des FAIRCONOMY-Zeltes. Außer uns waren noch die Piratenpartei, die Initiative Grundeinkommen, die Violetten und Global Change vertreten. Im Demonstrationszug mit zwischen drei- und viertausend Teilnehmenden

waren die FAIRCONOMY-Fahnen unübersehbar. An unserem professionellen Stand (Dank an die Kölner Gruppe!) kam es zu vielen Gesprächen, und es zeigte sich wieder, dass BGE-Anhänger sehr offen für unsere Themen sind. Trotz der eher unangenehmen Witterung und dem nicht wirklich gelungenen gemeinsamen Ausklang für die teilnehmenden Organisationen – die vorgesehene Lokalität war ungeeignet – war das eine gute Gelegenheit, viele auf uns aufmerksam zu machen, die bisher noch nie etwas von uns gehört hatten.

Helmut Rau, Alwine Schreiber-Martens

INWO im Hunsrück

Die INWO-Regionalgruppe Hunsrück hat in diesem Jahr mehrere Vorträge im Pro-Winzino Simmern veranstaltet. Bei einem

Vortrag von Prof. Jürgen Kremer unter dem Motto »Finanzkrise – Wachstum ins Elend?« im Februar war das Kino mit ca. 100 Teilnehmern gut besucht, selbst der Landrat des Kreises war anwesend. Eine weitere Kooperation mit dem Kino gab es im August unter dem Titel »Wem gehört die Erde?« Referent war Fritz Andres vom Seminar für Freiheitliche Ordnung, Bad Boll. Hier nach wurde der Film »Federicos Kirchen« gezeigt.

Seither fanden und finden Folgeveranstaltungen statt, an denen auch Fritz Andres teilnimmt. Thematisiert wurden vor allem Anwendungen der im Vortrag entwickelten Grundgedanken auf das Klimaproblem sowie auf die Probleme des Bodens, seiner Nutzung und seiner Verteilung. In der

abschließenden dritten Gesprächsrunde am 3. Dezember im Mehrgenerationenhaus Simmern soll es um Fragen der Ressourcenordnung insgesamt gehen, erklären die Veranstalter INWO-Regionalgruppe und Regiogeldinitiative Hunsrück: Wie kommen wir in einer Situation globaler Verknappung der natürlichen Ressourcen – Wasser, Bodenschätze, Land, aber auch Zugang zur Atmosphäre usw. – zu einer gerechten Verteilung, ohne auf die Freiheitlichkeit und Funktionsfähigkeit der Ordnung verzichten zu müssen? Welchen Beitrag kann eine solche Ordnung zu Frieden und Ökologie bei uns und anderswo in der Welt leisten? Und was ist zu erwarten, wenn uns eine Lösung dieser Probleme nicht gelingt?

Auskunft über weitere Aktivitäten der INWO-Regionalgruppe Hunsrück gibt es bei Erik Murmann, Tel.: 06761-8590000.



Fritz Andres (Mitte) war Referent bei der INWO-Regionalgruppe Hunsrück

Kooperation statt Konkurrenz

Neue Werte für die Wirtschaft

Am 15. November 2010 hatte die INWO gemeinsam mit Attac Oberberg in die Freie Waldorfschule Gummersbach eingeladen. Über 60 interessierte Besucher verfolgten den Vortrag des jungen österreichischen Autors und Globalisierungskritikers Christian Felber.

»Wissen Sie, das Wievielfache der best-bezahlte Manager in den USA im Vergleich zum gesetzlichen Mindestlohn verdient? – Das 10.000fache? Das 100.000fache? Es ist das 300.000fache.« Das zahlreich erschienene Publikum war hochaufmerksam, als der österreichische Erfolgsautor, Universitätslektor und Globalisierungskritiker Christian Felber, 37, über Wege aus der Wirtschaftskrise referierte und seine aktuellen Bücher »Kooperation statt Konkurrenz« und »Gemeinwohl-Ökonomie« vorstellte. Es war bereits der zweite Vortrag der Reihe »Geld regiert die Welt ... wer regiert das Geld?«

Felber ist als Mitbegründer von Attac Österreich und mit seinem Buch »50 Vorschläge für eine gerechtere Welt« bekannt geworden, in dem er bereits 2006 gerechtere Regeln für die Globalisierung und eine globale Konferenz zur Zähmung der Finanzmärkte forderte. Damit bewies er Voraussicht: Nach der Bankenkrise 2009 waren Überlegungen zur

Regulierung der Finanzmärkte oder Maßnahmen wie der Finanztransaktionssteuer plötzlich in aller Munde. Doch wird diese Diskussion von den mächtigen Nationen seitdem ernsthaft geführt und sind Erfolg versprechende Maßnahmen vereinbart worden? Felber beantwortete diese Frage mit einem ausdrücklichen Nein. Er fordert zudem eine viel weitergehende Regulierung von Banken, Fonds und riskanten Papieren, als von den G20-Regierungen derzeit diskutiert wird.

Eine »Demokratische Bank« könne die Grundfunktion der Finanzmärkte erfüllen und von der verantwortlichen Bevölkerung selbst kontrolliert werden, meinte Felber. Die Staatsschuldenproblematik könne seiner Meinung nach über eine Vermögens- und Finanzmarktbesteuerung sehr schnell gelöst werden. Das hieraus zu erwartende Steueraufkommen überträfe die Schuldenhöhe um ein Vielfaches – egal ob man dies für Deutschland, die EU oder weltweit berechne. Also eine wirkliche Alternative für das Sparen an Schwimmbädern, Schulen ohne Bibliotheken, meinte der Referent. Was mit allgemeiner Zustimmung aus dem Auditorium bedacht wurde.

Aber damit nicht genug. Felber blickte auch in die soziale und psychologische Tiefe des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, das auf Gewinnstreben und Konkurrenz beruht: »Diese fatale Anreizkombination fördert die gegenteiligen Werte, die unsere zwischenmenschlichen Beziehungen gelingen lassen: Egoismus, Gier, Geiz, Neid und Rücksichtslosigkeit.« In der Wirtschaft sollten stattdessen die gleichen Werte und Strategien belohnt werden, die auch unsere sozialen Beziehungen gelingen lassen: Vertrauensbildung, Kooperation, ökologische Verantwortung und Solidarität.

Felber schlägt dafür eine »Gemeinwohl-Bilanz« für alle Unternehmen vor, die soziale Verantwortung, ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und Solidarität misst und zum neuen Unternehmenszweck macht. Der Referent berichtete über erste Erfolge: 130 Unternehmen aus fünf Staaten unterstützen diesen Weg bereits. Doch was kann jede und jeder Einzelne tun? »Eigenverantwortung heißt, sich politisch einmischen und die richtigen Werte und Gesetze einfordern.«



DEUTSCHLAND

Warum ich für die INWO aktiv bin ...



Als 15-Jähriger erlebte ich, wie die DDR, der ganze Ostblock und damit der Sozialismus zusammenbrachen. Ich fand das gut, hatte ich doch die dortige

Unfreiheit und den materiellen Mangel erfahren. Ich freute mich also auf »den Westen«. Nach wenigen Jahren musste ich feststellen, dass auch der Kapitalismus keine Garantie für Freiheit, Wohlstand und Bewahrung der Schöpfung gibt, im Gegenteil. Es muss also noch eine dritte System-Möglichkeit geben, sagte ich mir, welche die Vorteile der beiden bisherigen Systeme vereint unter Ausschluss der jeweiligen Nachteile. Jahrelang schleppte ich dies im Hinterkopf mit mir herum, bis ich auf die INWO mit ihren Lösungsansätzen stieß, die mir die Augen öffneten und die Vision eines »Dritten Wegs« konkret werden ließen. Seitdem hat mich diese Vision nicht mehr losgelassen. Ich habe sogar noch einmal eine Hochschule besucht, um Volkswirtschaftslehre zu studieren, obwohl ich vorher einen grundsätzlichen Widerspruch zwischen Ökonomie und Ökologie sah und deshalb alles, was nach »Wirtschaft« roch, innerlich ablehnte. Bei der INWO habe ich gelernt, wie beides zu vereinen geht. Deshalb helfe ich mit meiner Aktivität bei der INWO, diese Vision zu verbreiten. Das bin ich meinen heutigen und zukünftigen Mitmenschen und meiner übrigen Mitwelt schuldig.

Tobias Schütze, Jena



Monetative startet 2011 durch

Dank einer Fachtagung Ende August mit Professoren der Bereiche Ökonomie, Staatsrecht, Soziologie und Wirtschaftsethik hat die Schweizer Monetative-Gruppe wichtige Sachfragen klären können. Die Grundlagen für eine Volksinitiative sind nun geschaffen. Für den Frühling 2011 ist die Gründung des Trägervereins geplant und dann folgt der definitive Entscheid über die bereits vorliegenden Varianten des Initiativtextes.

Am 31. Oktober ging es beim 3. Monetative-Treffen neben einem Rückblick auf die Expertentagung vor allem um organisatorische Fragen. Nachdem die Fachleute bereits seit August in Arbeitsgruppen weitere Sachfragen klären, wird nun die Vernetzung vorangetrieben.

Was die Monetative bereits jetzt anbieten kann, sind leicht verständliche Vorträge und

Informationsabende im kleinen Kreis oder auch als grosse öffentliche Veranstaltung. Zur internen Weiterbildung kommen Fachleute auch gern zu Kaffee und Kuchen oder zum Feierabend-Bier bei interessierten Unterstützern vorbei. Ein Austausch zwischen den persönlichen Treffen wird über verschiedene Mailinglisten gewährleistet. All das soll zu einer verbesserten Kommunikation und einer grösseren Dynamik unter den Aktiven beitragen.

Erfreulich viele Artikel und Veranstaltungen thematisieren die Monetative. Eine Auswahl ist unten zu finden und viele weitere auf den Internetseiten der INWO Schweiz. Gesucht werden nun neue Kontakte zu Medien und Organisationen. Verstärkt werden soll besonders die Einbeziehung von Wirtschaftsvertretern (KMU), Gewerkschaften so-

wie weiteren Wissenschaftlern und Finanzfachleuten.

Ab 2011 wird es regelmässige Treffen am ersten Freitag des Monats geben. Geplant ist auch der Ausbau der Internetseite unter www.monetative.ch und die Gestaltung von Info-Materialien samt Argumentatorium.

Interessenten und Unterstützer können sich unter www.inwo.ch informieren, den Monetative-Newsletter per E-Mail an monetative@inwo.ch abonnieren, spezifische Fachbeiträge unter www.monetative.org einsehen oder sich im Sekretariat melden. Wer die Monetative finanziell unterstützen will, kann das mit einer hochwillkommenen Spende an die INWO tun (Vermerk: Monetative; PC-Konto: 30-1771-2 / IBAN: CH83 0900 0000 3000 1771 2).

Blick in den Online-Medienspiegel

Zeit, 19.10.2010

»Kein Geld ohne Leistung«

Prof. Philippe Mastronardi (Universität St.Gallen) fordert drastischen Umbau der Finanzmärkte

Bieler Tagblatt, 27.09.2010

»Langfristig ist das Zinssystem untauglich«

Publizist Christoph Pfluger ist für ein staatliches Monopol der Geldschöpfung

FTD, 16.09.2010

»Warum wir Basel IV brauchen« – Plädoyer für Vollgeld
Mark Joob von der Universität Zürich über das Schneeballsystem aus Krediten und Wachstum – und die Alternative Vollgeld.

Aktuelle Medienhinweise und Termine unter www.inwo.ch!

(Rück-)Blick in den Terminkalender

Windisch, Sep. 2010 bis Jan. 2011

Ringvorlesung FNHW Windisch: In den Himmel wachsen ...
Auswege aus der ökonomischen Wachstumsillusion
u. a. mit Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, Prof. Dr. Heiner Flassbeck, Prof. Dr. Margrit Kennedy
www.fhnw.ch/ringvorlesung

Bern, Sep. 2010 bis März 2011

Vortragsreihe: Zu Tode wachsen? Nein danke!
Café Décroissance
u. a. mit Irmi Seidl und Prof. Dr. Binswanger
www.decroissance-bern.ch

Zürich, 11. November 2010

Denknetz-ThemenTisch – Too big to fail: Welche Lösung?
u. a. mit Hildegard Fässler, Peter Hablützel, Thomas Heilmann und Philippe Mastronardi
www.denknetz-online.ch

20 Jahre INWO Schweiz: Zeitzeugen und Visionäre gesucht!



SCHWEIZ

In diesem Jahr feiert die INWO Schweiz ihren 20. Geburtstag und will aus diesem Anlass eine Jubiläums-Schrift veröffentlichen. Einen bedeutenden Beitrag dazu könnte die 1. INWO-Generation leisten. Mit den Erinnerungen wollen wir für ein vielschichtiges Bild sorgen, das die Vergangenheit und Gegenwart beschreibt und vielleicht auch einen Ausblick in die mögliche Zukunft der INWO liefert.

Zur Freude des Vorstandes der INWO Schweiz hat sich Trudi Weinhandl, Jahrgang 1929, bereit erklärt, ihre Erinnerungen zum Thema Gründung und Entwicklung der INWO Schweiz mit uns zu teilen. Herzlichen Dank dafür! Hendrik Barth (Vorstandsmitglied) und Monica Gassner-Rusconi (Sekretariat) haben dazu am 1. Oktober ein Interview mit dem Gründungsmitglied geführt.

Die INWO Schweiz hofft nun auf weitere Treffen mit der 1. INWO-Generation und auf mündliche oder schriftliche Beiträge samt Fotos und Dokumenten aus den frühen Zeiten der INWO. Ebenso würden wir uns über Wünsche und konkrete Vorstellungen für die Zukunft freuen!



Sekretariat INWO Schweiz

Postfach 3161
5430 Wettingen 3
Telefon: +41 (0)56 4266090
E-Mail: buero@inwo.ch

Vorstandsluft schnupperrn

Im Vorfeld der nächsten Generalversammlung am 16. April 2011 sind Interessenten wieder herzlich eingeladen, an einem Treffen des Vorstands teilzunehmen. Da die Themen der INWO zurzeit auf fruchtbaren Boden fallen und die Aktivitäten ausgebaut werden sollen, sind weitere Unterstützer gefragt. Wir freuen uns über Anmeldungen im Sekretariat!

MoneyMuseum – die etwas andere Ausstellung

Gründer des MoneyMuseums in Zürich ist ein ehemaliger Banker. Jürg Conzett genügt nicht, was Banken und Ökonomen über Geld zu sagen hatten. Mit dem Museum will der Münzsammler das Bewusstsein der Menschen für die monetären Zusammenhänge entwickeln und schärfen. Das 1999 zunächst virtuell, also im Internet,

sammlung viel Spannendes rund ums Thema Geld zu entdecken. Besucher können selbst Münzen prägen, Hörspiele und Videos nutzen, und sich an einem Quiz sowie einem Geldtypentest probieren.

Schwerpunkt der Ausstellung ist die Geschichte des Geldsystems von den Anfängen bis heute. Anhand vieler Originale kann

Geld und heisst »Gold – zwischen Traum und Wirklichkeit«.

Museums-Gründer Jürg Conzett steht der Entwicklung des gegenwärtigen Banken- und Geldsystems kritisch gegenüber. Mit den Veranstaltungen des Money-Forums, die oft hochkarätig besetzt sind, regt er regelmässig zu kritischer Reflexion an; ebenso in den



entstandene Museum hat seit 2003 auch feste Räume und wurde nun vom Vorstand der INWO Schweiz gemeinsam mit vier weiteren Interessierten besucht.

Kuratorin Marie-Alix Roesle hatte eine spezielle Führung mit einem interessanten Vortrag vorbereitet, der für den Vorstand sehr aufschlussreich war. Das Museum selbst lädt dazu ein, stundenlang zu verweilen, denn es gibt neben der beeindruckenden Münz-

sammlung viel Spannendes rund ums Thema Geld zu entdecken. Besucher können selbst Münzen prägen, Hörspiele und Videos nutzen, und sich an einem Quiz sowie einem Geldtypentest probieren.

Neben der ständigen Schau gibt es auch immer wieder Sonderausstellungen im MoneyMuseum. Die aktuelle passt zum rasant gestiegenen Goldpreis sowie dem verhängnisvollen Ruf nach einer Golddeckung für

vielen kostenlosen Informationsschriften und CDs, die im Museum bereit liegen.

Die INWO Schweiz wird den Kontakt mit dem MoneyMuseum in Zukunft vertiefen und empfiehlt einen Besuch. Die Räume an der Hadlaubstrasse 106 in Zürich sind dienstags und freitags von 13 bis 17.30 Uhr geöffnet. Rund um die Uhr ist der virtuelle Teil zu besuchen auf: www.moneymuseum.com

Termine

Deutschland

■ **Mi., 19. Januar 2011, 19.30 Uhr, Oldenburg, Peterstr. 20**

Frisst der Kapitalismus seine Kinder?

Prof. em. Dr. Friedhelm Hengsbach, Ludwigshafen
(in Kooperation mit dem Forum St. Peter)

Kontakt & Rückfragen:

onken@sozialoekonomie.info

■ **Mi., 19. Januar 2011, 18.00-19.30 Uhr, Wuppertal, Wuppertal Institut, Döppersberg 19, Aula**

Ist weniger mehr? – Post-Wachstumsstrategien für Unternehmen

Dr. André Reichel, Universität Stuttgart
Eintritt frei. Um Anmeldung wird gebeten.

Kontakt: Dorle Riechert, Öffentlichkeitsarbeit,
Tel.: (0)202 2492 -180 Fax: -108,

E-Mail: pr@wupperinst.org

■ **Do., 20. Januar 2011, 19.30 Uhr, Köln, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b**

Wie funktioniert eigentlich das Geld?

Gemeinsam wollen wir einige gängige Vorstellungen über das Wesen des Geldes und seine Funktion in der Wirtschaft hinterfragen. Welche Eigenschaften hat das Geld? Warum gibt es Zinsen und wem nützen sie? Wie lange dauert es, bis der Staat seine Schulden zurückgezahlt hat? Wie wirkt sich die Verschuldung der Wirtschaft aus? Was bedeutet Inflation für den Geldkreislauf und was für die einzelnen Bürger? Mitglieder der »Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung« informieren.

Veranstalter: INWO-Regionalgruppe Köln

■ **Mi., 26. Januar 2011, 18.00-19.30 Uhr, Wuppertal, Wuppertal Institut, Döppersberg 19, Aula**

Vom aufgeklärten Eigennutz geleitet. Unterlassen wird zur Aufgabe der Politik

Dr. Manfred Linz, Wuppertal Institut
Eintritt frei. Um Anmeldung wird gebeten.

Kontakt: Dorle Riechert, Öffentlichkeitsarbeit,
Tel.: (0)202 2492 -180 Fax: -108,

E-Mail: pr@wupperinst.org

■ **Mi., 2. Februar 2011, 18.15-20.00 Uhr, Oldenburg, Universität, Raum A5-0-056**

Grund und Boden als Gemeingut

Gemeinschaftliche Wohnprojekte als Modelle für Ökonomie und Eigentum
Rolf Novy-Huy, Hattingen, Mitbegründer u. Geschäftsführer der Stiftung trias für Boden, Ökologie und Wohnen, Hattingen

Kontakt & Rückfragen:

onken@sozialoekonomie.info

■ **Mi., 9. Februar 2011, 18.00-19.30 Uhr, Wuppertal, Wuppertal Institut, Döppersberg 19, Aula**

Brücken zwischen Post-Wachstums-Ökonomie und moderner klassischer Ökonomie

Prof. Dr. Niko Paech, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Eintritt frei. Um Anmeldung wird gebeten.

Kontakt: Dorle Riechert, Öffentlichkeitsarbeit,
Tel.: (0)202 2492 -180 Fax: -108,

E-Mail: pr@wupperinst.org

■ **Mi., 23. Februar 2011, 18.00-19.30 Uhr, Wuppertal, Wuppertal Institut, Döppersberg 19, Aula**

Schrumpfung als Chance in Stadt und Region am Beispiel Wuppertal

Prof. Dr. Oscar Reutter, Wuppertal Institut
Eintritt frei. Um Anmeldung wird gebeten.

Kontakt: Dorle Riechert, Öffentlichkeitsarbeit,
Tel.: (0)202 2492 -180 Fax: -108,
E-Mail: pr@wupperinst.org

■ **Mo., 14. März 2011, 20.00 Uhr, Köln, Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b**

Gibt es eine Gesellschaft nach dem Wachstum?

Viele Gründe legen eine Überwindung des Wachstumsdogmas nahe. Die Alternative, eine Postwachstumsökonomie, müsste vor allem eines sein, nämlich genügsamer. Bedeutet das Verzicht oder Befreiung von überflüssigem Ballast? Der Vortrag nähert sich dieser Frage aus der Perspektive einer ökonomischen Theorie der Genügsamkeit: Weniger ist mehr! Darüber hinaus sind maßvolle Versorgungssysteme in Verbindung mit einem anderen Umgang mit Geld nötig.

Vortrag von Prof. Dr. Niko Paech

Veranstalter: INWO-Regionalgruppe Köln

■ **Sa.-So., 26.-27. März 2011, Fuldatal bei Kassel, Reinhardswaldschule**

Wasser als Gemeinschaftsgut

48. Mündener Gespräche

u.a. mit Silke Helfrich von der Heinrich-Böll-Stiftung. Nähere Informationen demnächst auf der Website www.muendener-gespraeche.de

■ **Fr.-So., 1.-3. April 2011**

INWO-D Mitgliederversammlung

Nähere Infos demnächst unter www.INWO.de

Schweiz

■ **Sept. 2010 bis Jan. 2011, FNHW Windisch**

In den Himmel wachsen ... Auswege aus der ökonomischen Wachstumsillusion

Ringvorlesung FNHW Windisch, u. a. mit Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, Prof. Dr. Heiner Flassbeck, Prof. Dr. Margrit Kennedy

www.fhnw.ch/ringvorlesung

■ **Sept. 2010 bis März 2011, Bern, Polit-Forum Käfigturm, Marktgasse 67, 2. Stock**

Vortragsreihe: Zu Tode wachsen?

Nein danke!

Café Décroissance u. a. mit Irmi Seidl und Prof. Dr. Binswanger

www.decroissance-bern.ch

NEU im INWO-Shop: Der Rettungsschirm für alle!

Statt 750 Milliarden Euro kostet unser Rettungsschirm nur 15 Euro – und lässt Dich garantiert nicht im Regen stehen! Der Schirm trägt die Aufschriften: »Rettungsschirm für alle« und »Fairconomy«.

Zu bestellen unter:
www.inwo-shop.de



Deutschland

Tages- und Wochenzeitungen

Vorstandsmitglied Erich Lange konnte im Kreisanzeiger Hersfeld-Rotenburg vom 10. Oktober auf die gravierenden Fehler im Geldsystem und die Lösungsvorschläge der INWO aufmerksam machen. Bei umlaufgesichertem Geld bestehe ein Anreiz, das Geld zu investieren statt zu horten und so die Wirtschaft in Schwung zu halten. »Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft«, fasste Lange das Anliegen der INWO zusammen.

Unter dem Titel »So kann das nicht weitergehen!« brachte das Haller Tagblatt einen Bericht über eine Diskussionsrunde am 8. Oktober in Bad Reichenhall. Teilnehmer war neben Christian Gelleri vom Chiemgauer Regionalgeld und Fritz Vogt, ehemals Geschäftsführer der kleinsten Bank Deutschlands, einem Vorstandsmitglied der örtlichen Sparkasse auch INWO-Referent Helmut Rau. Dieser hatte einen Einstieg in die Diskussion geliefert und deutlich gemacht, dass die Geldvermögen der einen immer die Schulden von anderen sind. Wegen der Staatsverschuldung haben die Bürger in 2009 mit ihren Steuern 42 Mrd. Euro Zinsen bezahlt.

Fernsehen

Am 28. September ging Ranga Yogeshwar in der beliebten WDR-Sendung Quarks & Co. dem Thema »Die Welt in der Schuldenkrise« nach. Es wurden Fragen behandelt wie: Wer zahlt die Zeche? Wem schuldet Deutschland das Geld? Gibt es auch gute Schulden? Viele wichtige Fragen blieben jedoch offen. Die Verschuldung der Wirtschaft, deren Zinszahlungen in die Verbraucherpreise eingerechnet werden, fand keine Berücksichtigung. Eine weitere Sendung zur Geldproblematik wäre also hilfreich!

Die Sendung vom 28. September steht als Podcast zum Download bereit unter: <http://podcast.wdr.de/quarks.xml> (147 MB)

Am 23. November ging es in der ARD-Talkrunde »Menschen bei Maischberger« um die Fragestellung »Monopoly Deutschland – Gewinnen nur die Reichen?« Mit FDP-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle diskutierte u.a. »Mr. Dax« Dirk Müller. Zum drohenden Staatsbankrott Irlands und dem 750-Mrd.-Euro-»Rettungsschirm« für den Euro meinte Müller: »Am Ende bezahlen wir den Rettungsschirm.« »Diese Sparpakete, die wir jetzt aufdrücken, sind die Katastrophe.« Kritisch sieht er die Beteiligung des IWF, als dem »verlängerten Arm der USA«. Der IWF erzwingt die Sparpakete und diese führten

am Ende »zum Platzen (...) der Europäischen Union.«

Die Sendung kann man sich im Internet ansehen unter:

<http://mediathek.daserste.de/daserste/ser-vlet/content/5880072?pageId=&moduleId=311210&categoryId=&goto=&show=>

Studien

Die Diskussion um die Rolle der USA im Weltwährungsgefüge ist nun auch im Internationalen Währungsfonds (IWF) angekommen. Eine Studie vom April 2010 schlägt vor, dass der Dollar als Leitwährung abgelöst werden und an seine Stelle eine echte Weltwährung treten sollte. Damit wird der Bancor-Plan, den der britische Ökonom John Maynard Keynes 1944 in Bretton Woods eingebracht hat, wiederbelebt.

Die IWF-Experten gehen damit über den Vorschlag einiger Schwellenländer hinaus, die IWF-Sonderziehungsrechte zu einer weltweiten Reservewährung auszubauen. Im Bancor-System dürfte kein Land mehr eine Vormachtstellung haben. Derzeit können die USA Dollar nach Bedarf drucken und seine Entwertung international verteilen. Als Vorteil des Bancor wird u.a. genannt, dass die Währungsreserven der Länder nicht mehr gehortet, sondern stets dem Markt zugeführt würden. Die Studie mit dem Titel »Reserve Accumulation and International Monetary Stability« ist im Internet nachzulesen: www.imf.org/external/np/pp/eng/2010/041310.pdf

Die Weltbank arbeitet an dem mit Spannung erwarteten Landnahme-Report über das steigende Interesse internationaler Investoren am verborgenen Agrarpotential des Südens. Die Organisation Weltwirtschaft und Entwicklung kommentiert das umstrittene Dokument vorab, das sowohl Vorbehalte von Entwicklungsorganisationen und Umweltgruppen bestätigt als auch Chancen für eine nachhaltige und gerechte Entwicklung sieht: »Land grab – Fluch oder Segen für den Süden?« im Internet unter: <http://www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org/images/land-grab.jpg>

Mehr unter www.INWO.de > Aktuelles > Medienspiegel

Schweiz

Tages- und Wochenzeitungen

Ein seltenes Kunststück ist Elsi Reimann in der Berner Zeitung (BZ) gelungen. Mit ihrer Kolumne konnte die INWO-Fachfrau die abstimrenden Leser jedes Mal überzeugen.

So wurden zwischen September und November zehn Texte rund ums Geldsystem abgedruckt: mit Titeln wie »Systemfehler«, »Geld soll arbeiten«, »Verdeckte Zinsen« und »(R)evolution«. Alle Texte sind im Sekretariat oder unter www.INWO.ch erhältlich.

»Haben wir überhaupt das richtige Geldsystem?« Diese erstaunliche Grundsatzfrage stellte Autor und Wirtschaftsjournalist Philipp Löpfe in der SonntagsZeitung. Und damit nicht genug: Denn Löpfe bringt angesichts der neuen US-Milliardenspritzen für das kranke Finanzsystem auch eine Alternative ins Spiel: Freigeld!

Die Idee Silvio Gesells wird ebenso ausführlich erwähnt wie die Zustimmung von John Maynard Keynes, das »Wunder von Wörgl«, die WIR-Bank, der Chiemgauer, das Buch »Das Geld der Zukunft« von Bernard Lietaer und die jüngste Erwähnung durch den Chefökonom der amerikanischen Großbank Citigroup, Willem Buiter.

Studien

Für ein großes Medienecho hat eine Studie des Basler Soziologieprofessors Ueli Mäder gesorgt. Im Mittelpunkt stehen die »Superreichen« – Menschen mit über 100 Millionen Franken Vermögen. Sie leben in einer eigenen Welt – von der Geburt in einer Privatklinik bis zur Altersresidenz, schreibt die WOZ. Das Prinzip ist einfach: »Wer bezahlen kann und zum »Klub der Auserwählten« gehört, kann teilnehmen und von den Serviceleistungen profitieren, die anderen sind ausgeschlossen.«

Weltweit jeder zehnte Milliardär lebt in der Schweiz. Über 200.000 Bewohner haben ein Anlagevermögen von über einer Million US-Dollar. Das macht Rang drei bei der Millionärsdichte, hinter Singapur und Hongkong. Um das Phänomen genauer unter die Lupe zu nehmen, haben die Macher der Studie Interviews mit Reichen und Menschen aus ihrem Umfeld geführt, sie besucht, beobachtet, wissenschaftliche Daten ausgewertet und Medienbeiträge analysiert. Ein Ergebnis ist, dass 3 % der Schweizer Bevölkerung gleich viel Vermögen wie die restlichen 97 % versteuern.

Auch Konsequenzen schlagen die Wissenschaftler vor, um die »unheilvollen Entwicklungen« und die »einseitige Aneignung« zu stoppen. Mit einer progressiven Besteuerung der Vermögen, einer Erbschaftsteuer und höheren Löhnen für die unteren Einkommen kratzen sie allerdings trotz ihrer tiefgehenden Analyse nur an der Oberfläche.

Mehr unter www.INWO.ch > Medien > Medienspiegel ■

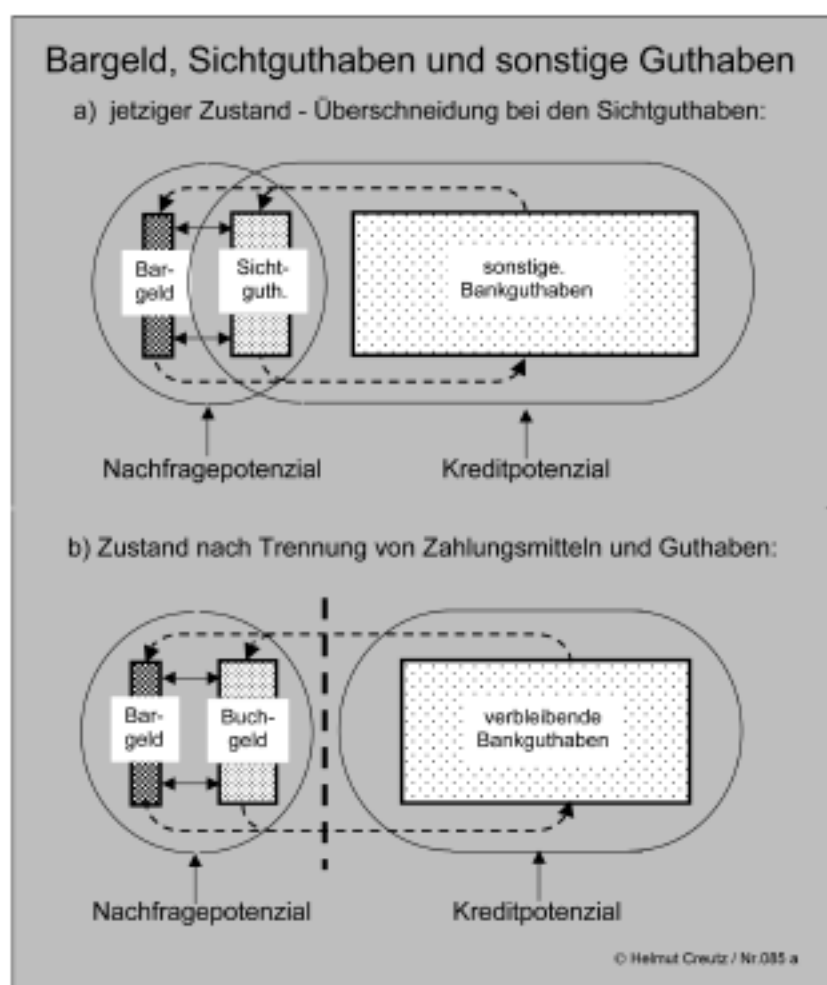
»Vollgeld und Umlaufsicherung gehören zusammen«

Unter dieser Überschrift hat Eberhard Knöller in der letzten Ausgabe seine Sicht zum Thema Vollgeld unterbreitet und u.a. angeregt, die Gründe für das Vermögenswachstum genauer zu untersuchen. Helmut Creutz betont: Dies geht zum allergrößten Teil auf die Zinswirkungen zurück – ein Thema, das die Monetative-Initiative leider weitgehend ausblendet.

Der Sicht meines geschätzten Freundes Eberhard Knöller stimme ich – vor allem bezogen auf den Titel – sehr gerne zu. Ich bin sogar der Ansicht, dass eine Umlaufsicherung nicht nur zur Vollgeld-Idee von Joseph Huber und seinen Mitstreitern gehört, sondern eine entscheidende Voraussetzung für deren Umsetzung ist und ihr deshalb zeitlich vorgeschaltet werden sollte!

Auch wenn der Begriff »Vollgeld« 1993 noch nicht bekannt war, habe ich mich bereits in der Erstausgabe meines »Geld-Syndrom«-Buches mit der Problematik der Überschneidung von Geld und Sichtguthaben ebenso befasst wie mit deren evtl. Zusammenfassung bei der Notenbank, wie aus der Darstellung 1 (85 a) ersichtlich. Ebenfalls hatte ich bereits angemerkt, dass man bei einer Übernahme der Sichtguthabenbestände in die Bundesbank ähnlich vorgehen könnte, wie das bei der Übernahme der Banknoten durch die Reichsbank vor rund hundert Jahren geschehen ist. Und was die weiteren Ziele der Monetative-Initiative betrifft, so bin ich auf Grund der Erkenntnisse Gesells weder gegen eine Aufwertung der Bundesbank zu einer staatlichen Währungsbehörde, noch gegen eine Inumlaufsetzung des Geldes über den Staat.

Was ich kritisiere, sind also nicht die Reformvorschläge dieser Initiative, sondern deren Verknüpfungen mit einigen Sachverhalten, die sich nicht mit den Realitäten decken und dadurch aus meiner Sicht die angestrebten Ziele belasten bzw. behindern. Das gilt in einem besonderen Maße für die Annahme, die heutigen Sichteinlagen bei den Banken würden nicht durch die Anlage-Entscheidungen ihrer Eigentümer entstehen, sondern von den Banken aus dem Nichts geschöpft. Für diese Annahme, die zwar immer noch durch die meisten Lehrbücher geistert, sind jedoch seit 60 Jahren weder in den Statistiken der Banken noch in deren Zusammenfassungen durch die Bundesbank irgendwelche Anhaltspunkte zu finden.



In der heute gegebenen Situation werden die Sichtguthaben sowohl als Zahlungsmittel (Giralgeld) als auch für die Vergabe kurzfristiger Kredite eingesetzt. Dies erscheint vordergründig als eine Doppelnutzung. In Wirklichkeit sind diese Kreditvergaben jedoch nur in dem Umfang möglich, wie die rechtmäßigen Verfüger ihre Konten nicht selbst in Anspruch nehmen. Das heißt, es kommt mit den Kreditvergaben nur zu einer effektiveren Ausnutzung der gegebenen Bestände.

Bei einer klaren Abtrennung der Sichtguthaben von den übrigen Guthaben und ihre Übernahme in das offizielle Zentralbankgeld, wie z. B. von Josef Huber vorgeschlagen, würde also das Kreditpotenzial deutlich verringert.



Die Bedeutung der Umlaufsicherung wird unterschätzt.

Höchst problematisch ist weiterhin der Tatbestand, dass sich, bei einer Verlagerung der Sichtguthaben in die Bundesbank, die heutigen praktisch unbegrenzten Hortungsmöglichkeiten beim Bargeld auch noch auf das rund vier bis fünf Mal größere Buchgeld ausweiten würde – falls man dies nicht durch eine Umlaufsicherung bzw. Geldhaltekosten verhindert!

Die Folgen für Kreditmärkte und Zinsen

Ebenso problematisch wie diese Hortungsausweitungen sind jedoch die entstehenden Engpässe auf den Kreditmärkten und die daraus resultierenden Zinssatz-Anstiege, wenn durch die Auslagerung der Sichtguthaben die heutige Kreditmasse um 20 oder 25 Prozent reduziert wird! Auch deshalb wäre eine vorausgehende Einführung der Umlaufsicherung so wichtig, mit der im Vorfeld der Reform nicht nur die heutigen überzogenen Bargeldhaltungen auf das wirtschaftlich notwendige Maß zurückgeführt würden, sondern auch die Sichtguthabenbestände, die – als Folge der Haltekosten beim Bargeld – durch einen Minuszins unter Druck geraten würden. Und da sich diese Reduzierungen der Zahlungsmittel als Erhöhungen der längerfristigen Einlagen niederschlagen, könnte damit nicht nur eine Knappwerdung der Kreditmittel weitgehend verhindert, sondern nach und nach auch jene allgemeine Zins-

senkung eingeleitet werden, die wir mit der Geldreform verbinden. – Diese hier angesprochenen Effekte zeichnen sich auch in der Darstellung 2 (Nr. 85 d) ab, die in der oberen Hälfte aus meinem Buch übernommen wurde und im unteren Teil die Veränderungen sichtbar macht, die sich als Folge der Umlaufsicherung ergeben würden.

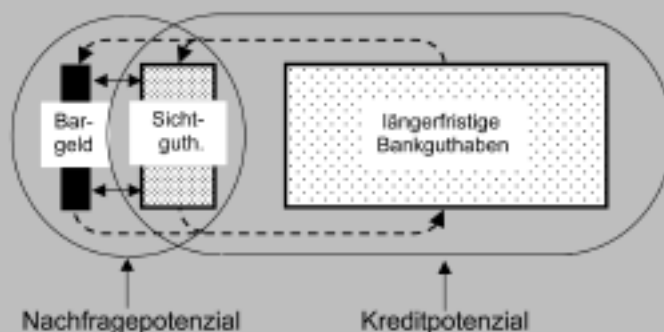
Die Auszahlung der Sichtguthaben als Seigniorage an den Staat

Ein weiteres und unbedingt zu klärendes Problem ist die Frage der »Seigniorage«, also der Geldschöpfungsgewinne, die von der Initiative mit der Vollgeld-Einführung als eine Möglichkeit zur Halbierung der Staatsschulden angesehen wird. Denn man geht dabei davon aus, dass die Banken die aus den Sichtguthabenbeständen vergebenen Kredite (die sie, nach Auffassung der Initiative-Vertreter, aus dem Nichts und zum eigenen Gewinn geschöpft haben!), im Zuge der Kreditteilungen an den Staat auszahlen sollen.

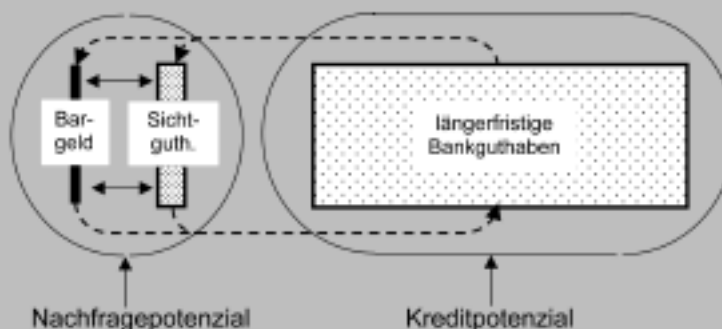
Abgesehen davon, dass man diese Bestände auf den Sichtguthaben nicht zwei Mal verwenden kann, also einmal zur Umbuchung in Vollgeld zugunsten der Guthaben-Inhaber und ein zweites Mal zur Auszahlung

Bargeld, Sichtguthaben und sonstige Guthaben vor und nach Einführung einer Umlaufsicherung

a) jetziger Zustand - Schema-Größen ohne Umlaufsicherung:



b) Zustand nach Einführung einer Umlaufsicherung:



© Helmut Creutz / Nr.085 d

Im oberen Teil a) der Schemadarstellung ist in etwa die heutige Verteilung sowie die Überschneidung zwischen Nachfrage- und Kreditpotenzial wiedergegeben, bei der die Sichtguthaben sowohl als Zahlungsmittel als auch Kreditmittel nutzbar sind. Durch Einführung einer Geldumlaufsicherung bzw. Geldhaltegebühr aufs Bargeld, die sich auf die Sichtguthabenhaltungen als Null- oder Minuszinsen übertragen wird, käme es – wie im unteren Teil b) dargestellt – zu einer Reduzierung dieser Nachfrage-Bestände zugunsten der normalen Bankeinlagen. Das heißt, das bisherige Kreditpotenzial bliebe erhalten, bei gleichzeitiger klarer Trennung zwischen beiden Bereichen und Aufgaben.



an den Staat, wären die Folgen dieser Doppelverwendung geradezu katastrophal. Denn gleichgültig, ob der Staat mit diesem Betrag seine Schulden zur Hälfte tilgt oder sie für normale Ausgaben einsetzt: In jedem Fall würde sich die aktive Zahlungsmittel-Menge in der deutschen Wirtschaft in kürzester Zeit von derzeit rund 1000 Mrd Euro auf fast das Doppelte erhöhen! Welche Auswirkungen eine solche Kaufkraftverdopplung haben würde, braucht hier sicher nicht näher erläutert zu werden!

Dasselbe gilt allerdings auch für den Alternativ-Vorschlag von Eberhard Knöller, diese »Seigniorage« nach und nach für die laufend anfallenden Rückzahlungen der aufgenommenen Staatsanleihen zu verwenden. Denn angesichts der jährlichen Rückzahlungen und Neukreditaufnahmen durch die Bundesfinanzagentur, die bei etwa einem Viertel der Staatsverschuldung liegen, würde hier diese Verdopplung der Zahlungsmittelmengen lediglich auf etwa zwei Jahre gestreckt.

Die Grafiken von Eberhard Knöller

sind zwar sehr anschaulich gestaltet, gehen aber ebenfalls von unzutreffenden Annahmen aus. So z. B. in seiner Darstellung 1 von der Annahme, dass die Zentralbank den Banken Geld zum Weiterverleihen zur Verfügung stellt. In Wirklichkeit fordern die Banken bei der ZB jedoch nur jene Bargeldmengen an, die durch erhöhte Abhebungen der Wirtschaftsteilnehmer erforderlich wer-

den. Lediglich dieses Bargeld durchbricht also die Grenze zwischen beiden Kreislauf-Bereichen. Deshalb kommt es zu Kreditvergaben durch die Banken auch nur dann, wenn Wirtschaftsteilnehmer, über Ersparnisse mit diesem Geld, Bankguthaben gebildet haben! Und das gilt auch für die Sichtguthaben, die man zwischenzeitlich – anstelle von Bargeld – für Zahlungsabwicklungen durch Guthabenübertragungen nutzen kann.

Dass es sich bei diesen Annahmen, die Banken könnten bei ihren Kreditvergaben auf Zentralbankgeld zurückgreifen, um eine Fehlannahme handelt, zeigt auch ein Blick auf die Zahlen: So lagen die gesamten von den Banken

an die Nichtbanken vergebenen Kredite z. B. Ende 2007 bei 3.487 Mrd, die an die Banken ausgegebenen Zentralbankgeldbestände jedoch nur bei 222 Mrd und damit bei 6 Prozent der Kredite. Von diesen 222 Mrd – auch Geldmenge M0 oder Basisgeld genannt – entfielen außerdem 175 Mrd auf das Bargeld, dass sich mit 158 Mrd in den Taschen (und Safes!) der Bürger befand, während in den Kassen der Banken nur 17 Mrd gehalten wurden.

Neben diesem geringen Bargeldbestand standen den deutschen Banken 2007 nur noch kreditweise vergebene ZBG-Guthaben in Höhe von 47 Mrd zur Verfügung, die sie zur Abdeckung der vorgeschriebenen Mindestreserven bei der ZB halten müssen. Diese ZBG-Guthaben sind gleichzeitig eine Art ZBG-Girokonto, das die Banken – wie wir bei unseren Girokonten – untereinander für ihre bankinternen Verrechnungen und Kreditvergaben nutzen, aber nicht in den Bankenbereich transferieren und für Kredite einsetzen können. Das gilt auch für die in den letzten beiden Jahren zusätzlich zur Verfügung gestellten Liquiditätspolster, die über die Basisgeldmenge hinausgehen und von den Banken durchweg bei der ZB geparkt werden!

Die großen und ständig wachsenden Kreditmittel der Banken kommen also weder durch Ausgaben von Zentralbankgeld zustande noch durch irgendwelche Schöpfungen durch die Banken. Vielmehr resultiert deren Zunahme alleine aus den ständig wie-

derholbaren Verwendungen des umlaufenden Bargeldes, das ebenso immer wieder erneuert für Ersparnisbildungen bei den Banken genutzt werden kann wie für erneute Käufe in den Läden.

Die Entwicklungen der Geldvermögens-Bestände

Aus dieser Unterscheidung zwischen Geld und Geldverwendung ergibt sich auch, dass die gesamten Geldvermögen in Deutschland seit 1950 rund sechs Mal schneller angestiegen sind als die benutzte Geldmenge! Doch diese fast explosive Entwicklung der Geldvermögen ist – wie oben bereits erwähnt – lediglich die Folge regelmäßiger Ersparnisbildungen der Marktteilnehmer. So haben z. B. die deutschen Privathaushalte in den letzten 60 Jahren p. a. durchweg zehn Prozent der laufenden Einkommen auf die hohe Kante gelegt. Dies vor allem mit Hilfe jener Zinsgutschriften auf die bereits vorhandenen Vermögen, die – laut Bundesbank – schon in den 1990er Jahren bei 80 Prozent der Neuersparnisse lagen.

Da es unter diesen Gegebenheiten gleich bleibender Ersparnis-Zuwächse von zehn Prozent alle 7,2 Jahre zu einer Bestands-Verdopplung kommt, errechnet sich aus dem Anfangsbestand der Geldvermögen von 30 Mrd 1950, bereits bis 2008 und damit einer achtfachen Verdopplung, ein Betrag von 7.680 Mrd, wie jeder mit dem Taschenrechner leicht nachrechnen kann. Und dieser Betrag entspricht in etwa auch den 7.980 Mrd Geldvermögen, die von der Bundesbank für Ende 2009 ausgewiesen worden sind!

Ursache all dieser Vermehrungen sind also keine Schöpfungen, sondern ganz einfach die Folgen der Mechanismen, die sich aus ständig positiven Zinssätzen ergeben. Mit dem Hinweis auf Bankengeldschöpfungen wird von den Tatbeständen also nur abgelenkt. – Leider hat man diesen Eindruck auch manchmal bei der Vollgeld-Initiative, in deren Papieren die Zinsthematik und -problematik bedauerlicherweise so gut wie gar nicht angesprochen wird. ■



Helmut Creutz,

Jahrgang 1923, lebt in Aachen und ist Wirtschaftsanalytiker und Autor mehrerer Bücher, unter anderem des Standardwerks »Das Geld-Syndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft« (2001). Im Jahr 2004 sind »Die 29 Irrtümer rund ums

Geld« erschienen. Beide Bücher sind auch als Hörbücher bei der INWO erhältlich.

Urs P. Gasche, Hanspeter Guggenbühl: Schluss mit dem Wachstumswahn. Plädoyer für eine Umkehr. Verlag Rüegger, Zürich 2010, 134 Seiten, broschiert, 19.50 Sfr, ISBN: 978-3-7253-0965-8



Die Lage wird immer ernster: Die Finanzblase ist geplatzt. Die zuvor mit Schulden aufgeblähte Konjunktur ist eingebrochen. Doch statt die Probleme zu lösen, warten Regierungen und Unternehmen erneut auf Wachstum und

trösten, alle Probleme würden gelöst, wenn die Wirtschaft wieder wächst. Wird die Wachstumspolitik mit zusätzlichen Schulden fortgesetzt, droht ein Kollaps des Kapitalmarkts.

Gasche im Interview mit der Südostschweiz am Sonntag, den 31. Oktober 2010:

»Im letzten Buch (>Das Geschwätz vom Wachstum<) haben wir aufgezeigt, dass das Wachstum die gemachten Versprechen nicht hält: Weder die Renten sind saniert, noch ist die Arbeitslosigkeit beseitigt, noch gibt es weniger Lärm oder Giftmüll – im Gegenteil. Im neuen Buch zeigen wir nun, dass das Wachstum nicht nur auf der Plünderung der endlichen Ressourcen beruht, sondern auch auf der zunehmenden Verschuldung der Staaten und der Privaten.«

Berner Zeitung: »Ein faktenreicher, gut verständlicher, scharf gedachter Überblick über die Widersprüche des Wachstumsglaubens.«

Urs P. Gasche arbeitete von 1969 bis 1982 als Journalist für verschiedene Zeitungen und für das Schweizer Fernsehen. Von 1982 bis 1985 war er Chefredaktor der Berner Zeitung.

Von 1986 bis 1996 leitete und moderierte Gasche die Konsumentenschutz-Fernsehsendung »Kassensturz«.

Hanspeter Guggenbühl arbeitet als freier Journalist für verschiedene Schweizer Zeitungen. Er ist spezialisiert auf Umwelt-, Energie-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik, hat verschiedene Sachbücher mitverfasst und ist für seine Arbeit mit mehreren Preisen ausgezeichnet worden.

Irmi Seidl, Angelika Zahrnt (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Metropolis Verlag, Marburg 2010, 247 Seiten, 18 €, 27.90 Sfr, ISBN: 978-3-89518-811-4.

Trotz zahlreicher wachstumskritischer Stimmen halten Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an ihrer Orientierung am Wirtschaftswachstum fest. »Nachhaltige Entwicklung« wird als »nachhaltiges Wachstum« vereinnahmt; der Schutz der Umwelt steht unter Wachstumsvorbehalt. Warum ist die Fixierung auf das Wirtschaftswachstum so stark? Weil unsere sozialen Sicherungssysteme wie Altersversorgung und Gesundheitswesen davon abhängig sind. Weil wir uns darauf eingestellt haben, dass alles immer größer wird: das Budget des Staates, die Aktienkurse und die Unternehmensumsätze, das eigene Einkommen und unser Konsum. Das westliche Entwicklungsmodell ist strukturell auf fortdauerndes Wirtschaftswachstum ausgerichtet und angewiesen.



Dieses Buch nimmt die Wachstumskritik auf und geht über sie hinaus. Es zeigt die systemischen Zwänge auf, die uns am Wachstumspfad festhalten lassen, und stellt alternative Entwicklungsmöglichkeiten für eine Gesellschaft vor,

die nicht auf Wachstum angewiesen ist – für eine Gesellschaft, in der es sich auch ohne Wachstum gut leben lässt. Es will zu einer Diskussion darüber einladen, wie die Zwänge überwunden und neue Perspektiven gewonnen werden können: Perspektiven für eine Postwachstumsgesellschaft.

Zu diesem Buch wird auch ein Blog betrieben, den Sie unter Postwachstum.de finden. Dort bietet sich die Möglichkeit, interaktiv über die Ideen und Reformvorschläge des Buches mitzudiskutieren.

Irmi Seidl ist Beraterin der Monetative, Leiterin der Forschungseinheit Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Eidgenössischen Forschungsanstalt Wald, Schnee und Landschaft in Birmensdorf. Sie lehrt an der Universität Zürich und der ETH Zürich zu Ökologischer Ökonomik.

Prof. Dr. Angelika Zahrnt ist Ehrenvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), von 1990 bis 1998 war sie dessen Stellvertretende Vorsitzende, von 1998 bis 2007 Vorsitzende. Sie ist Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesregierung und im Strategiebeirat Sozial-Ökologische Forschung des deutschen Bundesforschungsministeriums.

Peter Hablützel: Die Banken und ihre Schweiz. Perspektiven einer Krise. Conzett bei Oesch, Zürich 2010, 304 Seiten, 28 Sfr, ISBN: 3-0350-9006-8

Im Gegensatz zu anderen Publikationen zur Finanzkrise deckt dieses Buch die Verzahnung zwischen Banken und Staat auf, berichtet die



WOZ. In Teil 1 zeichnet Hablützel die Entwicklung des Schweizer Finanzplatzes nach, zeigt »wie die Großbanken die kulturelle Hegemonie erlangten und zum unantastbaren Mythos wurden«. Die Rettungsaktion der UBS ist für den Autor eine »fin-

nanztechnisch brillante Arbeit« und eine »politische Zumutung«. In Teil 2 wird beschrieben, wie ein Finanzsystem ohne kurzfristiges Wachstum aussehen könnte und damit eine Schweiz, »die sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch mental zur Welt öffnet«. In einem Interview mit der WOZ vom letzten Herbst äußerte Hablützel, die Krise biete eine Chance, den »überdimensionierten und hochkonzentrierten Finanzsektor« zu ändern.

Dr. phil. Peter Hablützel studierte Geschichte, Politikwissenschaft, Wirtschaftsgeschichte und Staatsrecht in Zürich und Mainz. Er war Mitautor der Standardwerke »Schweizerische Arbeiterbewegung« (1975) und »Geschichte der Schweiz und der Schweizer« (1983). Von 1980 bis 1983 war er persönlicher Mitarbeiter von Bundesrat Willi Ritschard, ab 1989 Direktor des Eidgenössischen Personalamtes. Seit 2005 arbeitet Hablützel als selbstständiger Berater. Unter anderem stellte er für die Sunflower Foundation des Exbankiers Jürg Conzett einen Diskussionszyklus unter dem Titel »Finanzmarktkrise – Herausforderung und Chance« zusammen.

Werner Onken: Geld und Natur in Literatur, Kunst und Musik. Verlag für Sozialökonomie, Kiel 2010, 285 Seiten, 47 Farb- und 32 Schwarzweißabbildungen, 29.90 €, ISBN 978-3-87998-460-2

Werner Onken begibt sich in seinem aktuellen Buch auf eine literarisch-, musikalisch-, malerisch-monetäre Spurensuche durch die Kunstgeschichte. Die in chronologischer Abfolge geordnete Publikation spannt den Rahmen vom antiken Griechenland bis in die Gegenwart auf und stellt sich als tour de force durch eine beachtliche Anzahl an Werken dar: Neben den Klassikern aus der Malerei, etwa Quentin Massys »Geldwechsler mit seiner Frau«, oder der Literatur, etwa Goethes »Faust I/II«, haben ebenso Produkte der Populärkultur, etwa »Money That's What I Want« von den Beatles oder »Money makes the world go round« von Liza Minelli, Eingang in die Untersuchung gefunden. Markierungen im Text verweisen auf den Anhang, der Auszüge aus Romanen, Gedichten und Liedtexten, aber auch Bilder enthält. Onken geht es freilich nicht nur um die Anhäufung von Belegstellen, vielmehr kontextualisiert er das künstlerische Schaffen sozialgeschichtlich und versucht vor allem einen alternativen ökonomischen Zusammenhang zwischen Kunst, Geld- und Bodenreformbewegung herzustellen.

H. G. Wells (1866–1946), Upton Sinclair (1868–1978), Fernando Pessoa (1888–1935), Antoine de Saint-Exupéry (1900–1944) oder Jorge Amado (1912–2001) sind nur einige Namen, deren Werke Onken einbezieht – mit zum Teil überraschenden Ergebnissen: Wells etwa hielt Gesell für einen führenden Namen bei der Lösung zukünftiger Währungsprobleme.

Das erste Kapitel befasst sich mit den finanziellen Mitteln, die die »Kulturation Deutschlands« für Kunst tatsächlich bereitstellt, und bietet ein ernüchterndes Bild: Durch den Rückzug des Staates zunehmend von privaten Sponsoren abhängig, ist die Rede vom »brotlosen Künstler« weniger Stereotyp als Realität. Auch in Zeiten der Ökonomisierung von Kunst – etwa in Form der »cultural industries« – dürften Ausgaben für Kunst und Kultur kaum zwei

Prozent des BIP übersteigen. Zugleich konstatiert Onken aber, und dies mag mit der prekären finanziellen Situation in Zusammenhang stehen, ein verstärktes Interesse der Gegenwartskunst an wirtschaftlichen Zusammenhängen.

In einem weiteren Kapitel wird die Bedeutung der Theorien Silvio Gesells für den Kulturbereich dargelegt: »Die durch Zins und Zinsseszins bedingte ungerechte Verteilung von Geld- und Realvermögen untergräbt die Kulturentwicklung, da die Mehrheit der Menschen durch die wirtschaftliche Ausbeutung (...) an der vollen Entfaltung ihrer kulturellen Begabungen gehindert wird.« Mit dem stetig umlaufenden Geld und einem Zinssatz nahe Null könnte es zu einer »Dauerblüte der Kultur« kommen, da Kunst nicht allein auf Rentabilität abzielen müsste. Als Beispiel hierfür führt Onken die »Renovatio Monetarum« des hohen Mittelalters und die Blüte der Gotik an.

Deutlich betont der Autor, dass Literatur weit mehr ist als rein illustrativer Natur, dass sie auch ein spezifischer Modus bei der Vermittlung und Darstellung von Wissen sein kann. Damit ist die Untersuchung auch ein deutliches Plädoyer gegen die dichotome Gegenüberstellung von Wissen und Kunst: »Es bedarf dazu (zur sozio-ökonomischen Reform, Anm. AP) auch der Mitwirkung vieler Menschen und aller ihrer Sinne einschließlich der künstlerischen, um eine gerechtere und friedlichere Gesellschaft als ein soziales Gesamtkunstwerk zu verwirklichen.«

Alexander Preisinger

Wera Wendnagel: Mariannes Vermächtnis oder Wie mir meine Mutter die Freiwirtschaft vererbte. Ulrike Helmer Verlag, Sulzbach/Taunus 2010, 352 Seiten, 29.95 €, 49.90 SFr

Mariannes Vermächtnis ist eine außergewöhnliche Familiengeschichte des 20sten Jahrhunderts. Der Leser erlebt eine intellektuelle, engagierte und politisch weitsichtige Familie. Die Eltern der Autorin, Wera Wendnagel, sind früh im aktiven Widerstand gegen Hitler. Wera erlebt eine wechselvolle Kindheit bei Groß- und Pflegeeltern, da ihr Vater in der Gestapohaft ums Leben kommt und die Mutter zwei Jahre einsitzt. So ungewöhnlich und erlebnisreich wie diese frühen Jahre der Kindheit bleibt ihr ganzes Leben.

Es fasziniert zu lesen, wie aufgeklärt ihre Erziehung ist. Weras Eltern sind in jeder Beziehung aufgeschlossen und freizügig und ge-

ben dies von frühester Kindheit an an ihre Tochter weiter. Während ihre Altersgenossen im Bürgertum üblicherweise vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen bleiben und die Kinder der Arbeiterklasse mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen sind, ist Wera bei allen Ereignissen dabei. Selbst konspirative Treffen der Widerständler erlebt sie mit. Fragen zur Empfängnis und Geburt sind für das Kind selbstverständlich, während Altersgenossen dies erst Jahrzehnte nach ihr erleben können. Das Buch ist voller spannender Anekdoten, die packend erzählt ein Bild der deutschen Gesellschaft zeichnen, wie wir sie im Ansatz bestenfalls aus Chroniken jüdisch-liberaler Familien kennen.

Dieses lebendig erzählte Leben von Mutter und Tochter, welches bereits die Lektüre des Buches lohnenswert macht, ist dabei lediglich der Rahmen zu einer ebenso spannenden Geschichte: den Ideen und Visionen des Sozialreformers Silvio Gesell, der Vision einer gerechten Gesellschaft, für die sich Weras Eltern seit den 20er Jahren eingesetzt haben. Es sind Erkenntnisse, die in der Zeit des »Kalten Krieges« beinahe verloren gingen und heute doch mindestens ebenso aktuell sind wie zu Lebzeiten ihres Begründers. Wera stand den Ideen, die ihre Mutter bis zu ihrem Tod bewegt haben, zunächst kritisch bis distanziert gegenüber. Einfühlsam schildert Wera die Gespräche mit Marianne, die Zweifel der einen, die Argumente der anderen. Es ist faszinierend, mit welcher Leichtigkeit die Autorin mit Hilfe dieser Diskussionen komplexe Theorien darstellt. Vom Tagesgeschehen der 1960er und 70er Jahre aus sehen die beiden anhand der Theorien Gesells eine Zukunft voraus, die sich heute schon voll und ganz bewahrheitet hat. Eingebettet in die Biografie erlebt der Leser Ökonomie als leichte Lektüre. Dabei lässt es Wera Wendnagel nicht an Sachlichkeit und Präzision mangeln. Kaum zu glauben, dass ökonomische Zusammenhänge so unterhaltsam erlebt werden können!

Mariannes Vermächtnis ist ein Buch, das aufgeschlossene Menschen anspricht. Es ist eine ungewöhnliche Biografie und ein besonderes Zeitzeugnis. Ich habe es mit Begeisterung gelesen.

Karin Popp





Mitgliedsantrag

Name	Straße & Hausnummer	Postleitzahl & Ort
Telefon & E-Mail-Adresse		Alter, Beruf

Per Fax an: 066 23 - 91 96 02 oder per Post an:

INWO e.V. Versand
Wüstefeld 6
36199 Rotenburg

Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

- ☐ Ich zahle jährlich 48 € (regulärer Beitrag inklusive Mitgliederzeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 24 € (ermäßigt nach Selbsteinschätzung inklusive Zeitschrift).
☐ Ich zahle jährlich 12 € (Bezug der Zeitschrift solange der Vorrat reicht).

- ☐ Ich spende einen zusätzlichen Beitrag von jährlich ____ €.
☐ Ich spende zusätzlich einmalig ____ €.
☐ Ich wünsche jährlich eine Spendenbescheinigung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im März für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der konto-führenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Bestellformular

- ☐ Ich bestelle ein Jahresabo der FAIRCONOMY für 10 € Versandkostenpauschale.
☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.
☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.
☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____
ggf. Artikelbezeichnung	ggf. Anzahl

Alle Preise verstehen sich als Nettopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.

Ort, Datum	Unterschrift
------------	--------------

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO e.V. Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg.



FAIRCONOMY Jahrgang 2010 komplett

Haben Sie eine Ausgabe verpasst? Solange unser Vorrat reicht, kann der ganze Jahrgang 2010 im Shop der INWO-D bestellt werden.

4 Stück für 8 € – für Mitglieder versandkostenfrei!

NEU!

Fairconomy-Rettungsschirm

Mit 750 Milliarden Euro, davon 500 Milliarden von den EU-Ländern und 250 Milliarden vom IWF, zeigt die Politik dem Finanzmarkt seine Ehrerbietung.

Deutschland beteiligt sich mit bis zu 148 Milliarden Euro am »Rettungsschirm« für den Euro.

Sie kostet unser Rettungsschirm gerade mal 15 Euro – und lässt Sie nicht im Regen stehen! Aufschrift: »Rettungsschirm für alle« und »Fairconomy«

Preis: 15 €, inkl. 19% MwSt., zzgl. Versand



Werner Onken

Geld und Natur in Literatur, Kunst und Musik



Nach einem kurzen Blick auf den zu geringen Stellenwert der Kultur in der Gesellschaft zeigt Werner Onken in diesem Buch, wie sich zahlreiche DichterInnen, KünstlerInnen und MusikerInnen in ihren Werken auch mit den wirtschaftlichen Grundfragen unseres Daseins beschäftigt haben – mit der Rolle des Geldes in der Gesellschaft, mit dem Gegensatz zwischen Reichtum und Armut sowie mit dem Umgang mit dem Boden und den Naturressourcen.

**Verlag für Sozialökonomie, Kiel 2010,
Preis: 29.90 €**

Wera Wendnagel

Mariannes Vermächtnis oder Wie mir meine Mutter die Freiwirtschaft vererbte

»Letzte Politik« ist für das Mädchen Wera anfangs nur eine Art Denkspiel, das schon im Elternhaus der Großeltern aufkam und mit »Silvio Gesell« und »Freiwirtschaft« verknüpft ist. Ein Spiel, das bald von der politischen Verfolgung der Eltern und den Kriegseignissen weggewischt wird, die Wera als junge Frau nach Argentinien verschlagen. Die Liebe führt sie schließlich nach Deutschland zurück. In politischen Diskussionen mit ihrer Mutter Marianne wird Wera mehr und mehr klar, dass es bei der »Letzten Politik« letztlich ums globale Überleben geht: Das Konzept zielt auf nichts weniger als eine alternative Wirtschaftsordnung. Nach dem Tod ihrer Mutter schließt sich Wera Wendnagel den Anhängern Gesells an und wird Vorsitzende der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO).



Ulrike Helmer Verlag, Sulzbach/Taunus 2010, Preis: 29.95 €

INWO-T-Shirt (Fairtrade und Bio!)

Der Hingucker aus kontrolliert biologisch angebauter und fair gehandelter Baumwolle. Innerhalb der Produktionskette verpflichten sich alle Hersteller in Form einer Absichtserklärung, soziale Standards einzuhalten.

Beidseitig bedruckt: vorne mit »70% WOLLE / 30% ZINS«, hinten mit »www.INWO.de«. Die T-Shirts sind in den Farben Dunkelblau und Schwarz und den Größen S, M, L sowie XL erhältlich. Weitere Farben, Größen, Schnitte und Stoffarten sind ab 8 € zu haben.

Preis: 11 €



Bestellungen an: INWO-Versand, Wüstefeld 6, 36199 Rotenburg, Telefon: 066 23 - 91 96 01, Fax: 066 23 - 91 96 02, E-Mail: Versand@INWO.de oder online unter: <http://www.INWO.de/Shop>. Dort finden Sie auch weitere Angebote.

Alle Preise verstehen sich als Nettopreise. Versandkosten für Sendungen an Adressen in Deutschland entfallen ab einem Bestellwert von 20 Euro. Bei einem geringeren Bestellwert werden 3,50 Euro Versandkosten berechnet. Sämtliche Sendungen ins Ausland versenden wir nur gegen Vorkasse. Versandkosten für Sendungen an Adressen außerhalb Deutschlands ermitteln wir gerne auf Anfrage.